

aus
politik
und
zeit
geschichte

beilage
zur
wochen
zeitung
das parlament

Borys Lewytzkyj

Sowjetische Geschichtsschreibung
im Dienst des Chauvinismus

Harald Laeuen

Osteuropäische Geschichtsrevision
im Zeichen des Polyzentrismus

B 32/64

5. August 1964

Borys Lewytkyj, geb. 1915 in Wien. Magister der Philosophie der Universität Lemberg; wissenschaftlicher Mitarbeiter der Friedrich-Ebert-Stiftung; Autor verschiedener Einzelartikel in Fachzeitschriften, ferner der Bücher: Vom Roten Terror zur Sozialistischen Gesetzlichkeit, München 1961; Sowjetukraine seit 1944, Köln 1963.

Harald Laeuen, Dr. rer. pol., Osteuropa-Redakteur des Norddeutschen Rundfunks, geb. 1902 in Stolp; zahlreiche Veröffentlichungen zur Politik, Wirtschaft und Geschichte der osteuropäischen Länder, darunter das Buch: Polnische Tragödie, Stuttgart 1958³.

Herausgeber:

Bundeszentrale für politische Bildung,
53 Bonn/Rhein, Königstraße 85.

Die Vertriebsabteilung der Wochenzeitung DAS PARLAMENT, 2 Hamburg 36, Gänsemarkt 21/23, Tel. 34 12 51, nimmt gern entgegen: Nachforderungen der Beilage „Aus Politik und Zeitgeschichte“.

Abonnementsbestellungen der Wochenzeitung DAS PARLAMENT einschließlich Beilage zum Preise von DM 2,— monatlich bei Postzustellung

Bestellungen von Sammelmappen für die Beilage zum Preise von DM 5,— zuzüglich Verpackungs- und Portokosten

Die Veröffentlichungen in der Beilage „Aus Politik und Zeitgeschichte“ stellen keine Meinungsäußerung der herausgebenden Stelle dar; sie dienen lediglich der Unterrichtung und Urteilsbildung.

Die sowjetische Geschichtsschreibung im Dienst des Chauvinismus

Das für die sowjetische Wissenschaft charakteristische Prinzip der „Parteilichkeit“ hat zur Folge, daß — trotz größerer Sachlichkeit und stärkerer Berücksichtigung der Quellen — in der nachstalinistischen Geschichtsforschung und -darstellung gewisse Bereiche nach wie vor dem Diktat der Partei streng unterworfen sind. Dazu gehören alle jene Abschnitte der Geschichte Rußlands und der Sowjetunion, die der Partei für ihre ideologischen und erzieherischen Manipulationen besonders wichtig erscheinen. Nachstehend soll ein solches Gebiet herausgegriffen und näher beleuchtet werden: die Interpretation des Imperialismus des zaristischen Rußland durch die sowjetischen Kommunisten. Die diesbezüglichen Wandlungen sind für die gesamte Entwicklung des Sowjetkommunismus symptomatisch. Einer genaueren Darlegung der gegenwärtigen Einstellung und der seit dem Tode Stalins stattgefundenen Beurteilungsschwankungen sei dieser Beitrag gewidmet.

Im Laufe von fünf Jahrhunderten hat sich die Fläche des russischen Imperiums um das Achtzigfache vergrößert. Während das Moskauer Fürstentum im Jahre 1425 nur 426 400 qkm bedeckte, umfaßte Rußland 1914 24 518 000 qkm. Die Bevölkerung wuchs von ca. 14 Millionen im Jahre 1725 auf 179 Millionen im Jahre 1914 an. Einige Historiker haben berechnet, daß Rußland im 18. und 19. Jahrhundert 136 Jahre lang in Annexionskriege verwickelt war: vier Kriege gegen Polen (8 1/2 Jahre), sechs gegen die Türkei (11 1/2 Jahre), drei gegen Schweden (25 Jahre), fünf gegen Persien (mehr als 25 Jahre), vier Kriege gegen Mittelasien (über 30 Jahre). Die Unterwerfung des Kaukasus und die Kämpfe des zaristischen Rußland gegen kaukasische Volksstämme zogen sich ununterbrochen 64 Jahre lang hin. In diesem Zeitraum vernichteten die zaristischen Eroberungsarmeen ungezählte blühende Städte und dem Moskauer Fürstentum zahlenmäßig sowie kulturell überlegene Völker.

In der großen Diskussion über den Charakter des russischen Imperialismus und die Geschichte der zaristischen Annexionen gab

nach der Oktoberrevolution die erste marxistische Historikerschule in der Sowjetunion um M. N. Pokrowskij den Ton an.

Bereits während der I. Unionskonferenz der Marxistischen Geschichtsforschung, die vom 28. 12. 1928 bis 4. 1. 1929 in Moskau stattfand, kam es zur eindeutigen Verurteilung der zaristischen Eroberungen. Gestützt auf einige Werke Lenins, in denen er sich mit dem Charakter des zaristischen Imperialismus befaßt, wurden die Annexionen des Zarenreiches und seine gesamte koloniale Ausbeutungspolitik als großes Unglück für

Harald Laeuen

Osteuropäische Geschichtsrevision
im Zeichen des Polyzentrismus

(Seite 19)

die davon betroffenen Völker bezeichnet. Keiner der anwesenden sowjetischen Historiker, die sich zum Marxismus bekannten, wagte es, den Sowjestaat mit den Traditionen des Zarenimperiums zu verknüpfen. Die Oktoberrevolution und das Entstehen der Sowjetunion bildeten ihrer Meinung nach vielmehr einen Wendepunkt im Verlauf der russischen Geschichte und leiteten auch in den Beziehungen zwischen den einzelnen Sowjetvölkern ein vollkommen neues Stadium ein. Dabei betonen sie, daß „jedes Volk der UdSSR nicht erst mit dem Moment seiner Eingliederung in das Leibeigenschaftssystem des russischen Staates durch die Gewaltmaßnahmen und Annexionen der zaristischen Kolonialpolitik an diesem Prozeß teilnahm, sondern von Anbeginn seiner eigenen Geschichte“¹⁾. Unter dem Einfluß von M. N. Pokrowskij verurteilten die marxistischen Theoretiker jegliche Versuche, die Geschichte des zaristischen Rußland als einheitlichen Prozeß hinzustellen,

1) Nach Malaja sowjetskaja enziklopedija (MSE), Bd. VIII, Moskau 1931, Sp. 393.

in dem das „Russische Volk“ die entscheidende Rolle gespielt habe. Diese diene einzig dem Ziel, die Bedeutung der nichtrussischen Völker zu ignorieren und die zaristische Kolonialpolitik zu rechtfertigen. Während der Konferenz von 1928/29 wurde ein neues Schema für die Geschichtsdarstellung der Sowjetvölker entwickelt. Es sollte der Tatsache Rechnung tragen, daß eine Reihe von Nationen, wie die Tataren, die kaukasischen und mittelasiatischen Völker, bereits hochentwickelte Zivilisations- und Staatsformen aufwies, als das russische Imperium noch nicht bestand.

Lange bevor sich der „Personenkult“ um Stalin in der Sowjetunion durchgesetzt hatte, bildeten sich zwischen Stalin und der Historikerschule um Pokrowskij harte Gegensätze heraus. Bereits 1925 charakterisierte Stalin in seiner Arbeit über die „Grundlagen des Leninismus“ das zaristische Rußland als „Reserve des westlichen Imperialismus“. In den dreißiger Jahren, nachdem Pokrowskij post mortem als Vertreter einer „dem Kommunismus feindlichen Geschichtskonzeption“ gebrandmarkt worden war, kam Stalin in verschiedenen Arbeiten und Briefen mehrfach nachdrücklich auf diese Behauptung zurück. Den Gipfel seiner Bemühungen, das zaristische Rußland als eine „Halbkolonie“ hinzustellen, bildete jedoch sein Artikel im theoretischen Parteiorgan „Bolschewik“²⁾ „Über den Artikel Engels' „Die Außenpolitik des russischen Zarismus““. Seit dieser Zeit beherrschte die Version Stalins die gesamte sowjetische Historiographie. Die Verantwortung für die Annexionskriege des zaristischen Rußland wurde auf die westlichen imperialistischen Staaten abgewälzt und diese als die eigentlichen Urheber der Misere im Kaukasusraum und in Mittelasien bezeichnet. Daß diese These dem Standpunkt Lenins widersprach, der Rußland weder als „Reserve des westlichen Imperialismus“ noch als „Halbkolonie“ betrachtete, fiel weiter nicht ins Gewicht. Deutlich hatte Lenin sein Urteil über das zaristische Rußland in seinen „Aufsätzen über den Imperialismus“ formuliert, worin er eine „Tabelle der kolonialen Annexionen und Kriege“ aufstellte. Stalin legte jedoch den Widerspruch, der sich hier zu seiner Theorie ergab, sehr einfach dadurch bei, daß er die Arbeit Lenins zu seinen Lebzeiten nirgends veröffentlichten ließ und sich selbst

die sowjetischen Historiker, die Zugang zu den Archiven hatten, nicht auf sie berufen durften.

Der Schule Pokrowskijs, die den zaristischen Kolonialismus als „absolutes Übel“ bezeichnete, setzten die der stalinistischen Auffassung folgenden Historiker der dreißiger Jahre die These vom „kleineren Übel“ entgegen. Die bekannte Geschichtsprofessorin Netchkina versuchte den russischen Kolonialismus möglichst klar von jenen positiven Prozessen abzugrenzen, die als Folge des Befreiungskampfes der nichtrussischen Völker gegen das Zarenreich entstanden. Erstmals tauchte der Gedanke auf, daß die Gesellschaftsentwicklung, die schließlich zur Oktoberrevolution führte, doch im Schoße des zaristischen Systems gekeimt hätte. In der Endphase des Stalinismus wurde aber auch diese Theorie als falsch verworfen. Nach dem Zweiten Weltkrieg, besonders in der Zeit der „Shdanowtschina“, setzte ein chauvinistischer Standpunkt die Verbannung der Bezeichnung „Annexionen des zaristischen Rußland“ aus der sowjetischen Historiographie und die Einbürgerung des Terminus „freiwillige Vereinigung“ mit Rußland durch. Alle marxistischen Untersuchungen der zwanziger und frühen dreißiger Jahre verschwanden in der Versenkung, und nicht nur die These Pokrowskijs vom „absoluten Übel“, sondern auch die Theorie des „kleineren Übels“ wurden als apatriotisch, kosmopolitisch, nihilistisch und deswegen dem „Marxismus-Leninismus“ feindlich abgestempelt.

Diese Kehrtwendung bedeutete eine Verdrehung der Geschichte sowohl der russischen Nation als auch der nichtrussischen Völker. Dadurch daß jede gegen den zaristischen Imperialismus gerichtete Befreiungsbewegung nun als reaktionär verdammt wurde, beraubte man die Geschichte der Sowjetvölker ihrer stark heroischen Züge. Die vom I. Historikerkongreß (1928/29) als Rudiment chauvinistischen Denkens verurteilte Wertung avancierte jetzt zur Richtschnur der sowjetischen Geschichtsschreibung.

Die beschämende Situation, in welche die marxistischen Historiker durch die von Stalin vorgenommene Ausrichtung der Geschichtswissenschaft geraten waren, erklärt, weshalb gerade von ihrer Seite nach seinem Tode starke Revisionsbestrebungen ausgingen. Bereits 1954 waren sich führende sowjetische Historiker darüber einig, daß die Verherrlichung einzelner Persönlichkeiten der Ver-

2) Bolschewik Nr. 9/1941.

gangenheit Rußlands mit dem Marxismus unvereinbar sei, so zum Beispiel die von Stalin betriebene Idealisierung Iwans des Schrecklichen und Peters des Großen. Auf einer 1954 tagenden Konferenz sowjetischer Historiker wurde empfohlen, dem Kult um den zaristischen Feldherrn Suworow Einhalt zu gebieten. Unter Stalin waren die sowjetischen Geschichtsfälscher soweit gegangen, Suworow, der die nationale Befreiungsbewegung in Rußland und Polen vernichtet hatte, als „Demokraten und Republikaner“ zu feiern. Nun warnte der russische Historiker Kotschetkow: „Die Idealisierung der Tätigkeit von A. W. Suworow führt unmittelbar zur Verherrlichung der Politik der russischen Sklavenmonarchie, deren Verteidigung sein ganzes Wirken gewidmet war.“³⁾

Am Vorabend des XX. Parteitages (1956) hielt die Redaktion von Woprosy istorii, die zu diesem Zeitpunkt Sammelbecken der fortschrittlichen Historiker war, eine Leserkonferenz ab. Im Westen wurde die Bedeutung dieser Veranstaltung verkannt, die im Kampf der kommunistischen Führung, das Gesicht des XX. Parteitages vor auszuprägen, eine so wichtige Rolle spielte. Die Historiker demonstrierten hier ihre Absicht, mit dem Stalinismus in der Historiographie konsequent zu brechen. Frau A. M. Pankratowa, die unter Stalin selbst mitgeholfen hatte, die damalige Richtung festzulegen, war zusammen mit dem stellvertretenden Chefredakteur der Woprosy istorii, E. N. Burdshalow, Hauptinspirator der neuen Welle. Insbesondere wurde gegen die Verherrlichung des „Völkergefängnisses“ des zaristischen Rußlands nachdrücklich protestiert und eine wahrheitsgetreue Schilderung und Wertung der Oktoberrevolution verlangt. Eindringliche Warnungen galten einer nihilistischen Einstellung gegenüber den Vorgängen im Westen. Es sind Beweise dafür vorhanden, daß der Einfluß der fortschrittlichen Historiker auf die kommunistische Führungsspitze damals seinen Höhepunkt erreichte. Vergleicht man zum Beispiel die Ausführungen Burdshalows auf dieser Konferenz zur Fälschung der Parteigeschichte mit den Äußerungen Mikojans auf dem XX. Parteitag, so fällt die fast wortgetreue Übereinstimmung auf!⁴⁾

Die sowjetischen Historiker bekannten sich auf dem XX. Parteitag zur Abkehr vom stalinistischen Chauvinismus. Frau Pankratowa machte sich zu ihrer Sprecherin: „In

unseren Lehrbüchern und in den Werken über die Geschichte der einzelnen Völker wird der Entlarvung der nationalen und kolonialen Unterjochung durch die zaristische Selbstherrschaft kaum Aufmerksamkeit gewidmet. Einige Verfasser, die die fortschrittliche Bedeutung der Vereinigung dieser Völker mit Rußland völlig richtig hervorheben, lassen die andere Seite der Angelegenheit außer acht. Der Zarismus unterjochte die Völker grausam und hemmte ihre politische, wirtschaftliche und kulturelle Entwicklung. Es ist bekannt, daß Lenin das zaristische Rußland als ‚Völkergefängnis‘ bezeichnete.“⁵⁾

Nach dem XX. Parteitag entwickelten die Ereignisse mit jedem Tag größere Dynamik. Eine Rehabilitierung der Schule um N. M. Pokrowskij konnte nicht länger hinausgezögert werden. Besonders markant war der Umstand, daß sich eine starke Gruppe russischer Historiker der chauvinistischen Deutung der russischen Geschichte ablehnend verhielt. Die Situation spitzte sich vor allem in den Unionsrepubliken zu, in denen führende Parteifunktionäre die Rehabilitierung der nationalen Befreiungsbewegungen in wachsendem Maße unterstützten. Auf einer Tagung der Intelligenz Usbekistans erklärte der inzwischen abgesetzte Spitzenfunktionär der KPdSU, der Usbeke N. A. Muchitdinow: „Die Historiker, die den Ereignissen der zweiten Hälfte des 19. und zu Anfang des 20. Jahrhunderts den Charakter einer nationalen Befreiung abzusprechen suchen, sollen nicht vergessen, daß die gesamte Geschichte der Völker Asiens vom Kampf für Freiheit und Unabhängigkeit erfüllt ist.“⁶⁾

Im Kaukasusraum kam dem Sturz und der späteren Erschießung (1956) des Günstlings Stalins, des Aserbeidschaners Bagirow besondere Bedeutung zu. Stalin hatte ihn als geeigneten Mann ausgewählt, um der These vom „fortschrittlichen Charakter“ der Vereinigung des Kaukasus mit Rußland Gehör zu verschaffen⁷⁾. In allen Republiken meldeten sich zahlreiche Kräfte zum Wort, die den Rahmen der beginnenden Rehabilitierungen von Stalinopfern möglichst weit zu spannen und auch die Rehabilitierung der Vergangenheit der nichtrussischen Völker zu erreichen versuchten.

Vor diesem Hintergrund ging ein Teil der sowjetischen Parteibürokratie im Verein mit

3) Woprosy istorii, Nr. 11/1954.

4) Woprosy istorii, Nr. 2/1956.

5) XX Sjesd, Moskau 1956, S. 623—625.

6) Prawda Wostoka, 13. 10. 1956.

7) Rede auf dem XIX. Parteitag der KPdSU 1952.

den Chauvinisten zur Offensive über. Im März 1957 fühlte sich das ZK der KPdSU bemüßigt, die Historiker an die Kandare zu nehmen. Ein Sonderbeschluß des ZK befaßte sich mit der Zeitschrift *Woprosy istorii*, Frau Pankratowa wurde ein Verweis erteilt und ihr Stellvertreter Burdshalow aus der Redaktion entfernt und mundtot gemacht. In allen Republiken wurden unter den Parteifunktionären bzw. unter der nationalen Intelligenz Säuberungen eingeleitet, denen aufs neue „bürgerlicher Nationalismus“ vorgeworfen wurde. Die sowjetische Bürokratie geriet in eine Zwickmühle, mußte sie doch zwischen der marxistisch-leninistischen Schule um Pokrowskij mit ihrer Verurteilung des russischen Kolonialismus und der Annexionen und

der These Stalins über den „fortschrittlichen Charakter“ des russischen Kolonialismus und den von ihm geprägten Denkkategorien einer ganzen sowjetischen Generation andererseits wählen. Anstelle einer eindeutigen Entscheidung für eine der beiden Alternativen schlug die Parteibürokratie einen „Mittelweg“ ein, der es ihr ermöglichen sollte, sich zwar von der chauvinistischen Ungerechtigkeit der Stalinzeit zu distanzieren, gleichzeitig aber auch die These von der Fortschrittlichkeit der Vereinigung der nichtrussischen Völker mit dem zaristischen Rußland hinüberzuretten. Ein zusammenfassender Überblick über die Maßnahmen, die diesem Ziel dienen sollten, gibt einen wichtigen Schlüssel zum Verständnis der Chruschtschow-Ära in die Hand.

„Wissenschaftliche“ Untermauerung der „patriotischen“ Haltung der Partei

Auf Ereignisse in Mittelasien reagiert Moskau traditionsgemäß besonders empfindlich. Es ist deswegen kein Zufall, daß die Partei diesen Raum zur ideologischen „Rückgratstärkung“ und Klärung der Parteilinie in der Frage der zaristischen Annexionen auswählte. Vom 7. bis 11. Mai 1957 fand in Alma-Ata, der Hauptstadt Kasachstans, eine wissenschaftliche Konferenz statt, die sich ausschließlich mit Geschichtsfragen Sowjet-Mittelasien und -Kasachstans befaßte. Ihre Aufgabe bestand darin, zu zeigen, daß sich einerseits die Geschichtsschreibung über Sowjet-Asien von der Fessel des Personenkults um Stalin befreit habe, zum anderen aber die generelle Linie dieser Entwicklung nicht in Widerspruch zum „Marxismus-Leninismus“ stehe. Aus dem über die großangelegte Veranstaltung veröffentlichten Material läßt sich ein eindeutiges Bild gewinnen, was die Partei zu dieser Zeit von den Historikern hinsichtlich der mittelasiatischen Probleme verlangte. Heute würden die Parteiführer wahrscheinlich selbst zugeben, daß die Methoden, derer sie sich gegenüber den fortschrittlich eingestellten Historikern bedienten, primitiv waren und eine plumpe Verherrlichung des Stalinismus bezweckten. Ausgelöst wurde dieses Verhalten vor allem, weil die Veranstaltung in Alma-Ata in Wirklichkeit ganz im Schatten der ersten sowjetischen Historikerschule um Pokrowskij stand. Alle ihre wissenschaftlichen Werke der zwanziger Jahre quollen geradezu von Beweisen über, daß der russische Kolonialismus für die asiatischen

Völker verheerende Folgen zeigte. Die Situation war 1957 für die Parteibürokratie auch deswegen heikel, weil die nationale Intelligenz in Mittelasien — mit offener oder geheimer Unterstützung durch einen Teil der Parteifunktionäre — die Rehabilitierung der durch den Stalinterror vernichteten Kommunistenführer der mittelasiatischen Völker (zum Beispiel Ryskulows) verlangte. Zahlreiche Gründe waren für die Liquidierung dieser Generation von Revolutionären maßgebend gewesen; den Kernpunkt ihres Konfliktes mit den Stalinisten bildeten jedoch ihre Forderungen, den Beziehungen Rußlands zu den anderen Nationen innerhalb des sozialistischen Systems die Gleichberechtigung zugrunde zu legen. G. Safarow, Gefährte Lenins und Opfer des Stalinterrors der dreißiger Jahre, schilderte die wahre Situation in Mittelasien zur Zeit der Oktoberrevolution mit folgenden Worten: „Alles was hier russisch war, lebte und war in dem Bewußtsein erzogen, daß die Urbevölkerung Turkestans keine Menschen seien, sondern Arbeitsvieh, das man schlagen, plündern und vergewaltigen sollte.“⁸⁾ Einer der Gründe für die blutigen Säuberungen Stalins in Mittelasien war sein Bestreben, der These vom fortschrittlichen Charakter der Vereinigung dieser Völker mit dem zaristischen Rußland besonderen Nachdruck zu verleihen. Die Frage des geistigen Erbes der Pokrowskij-Schule gewann unter diesem Aspekt prinzipiellen Charakter. Dem Mos-

8) Koloniale Revolution, Moskau 1924.

kauer Kandidaten der Geschichtswissenschaft G. N. Golikow fiel die Rolle des Parteisprechers auf der Konferenz in Alma-Ata zu. Er verteidigte Stalin als „bedeutenden Marxisten“: „Große Verdienste im Kampf gegen die Feinde des Leninismus, für die Behauptung der Leninschen Prinzipien der Parteilichkeit in der Geschichtswissenschaft und teilweise auch in der Geschichtsschreibung über die Oktoberrevolution, gebühren dem bedeutenden Marxisten J. W. Stalin. Solche seiner Arbeiten wie ‚Über die Grundlagen des Leninismus‘, ‚Zur Frage der Strategie und Taktik der russischen Kommunisten‘, ‚Die Oktoberrevolution und die Taktik der russischen Kommunisten‘, ‚Trotzkismus oder Leninismus‘, ‚Über den internationalen Charakter der Oktoberrevolution‘ und einige andere waren der erste Beitrag zur marxistischen Geschichtsschreibung der Oktoberrevolution.“ Golikow würdigte zwar Pokrowskij als um die sowjetische Geschichtsforschung verdienten Marxisten, machte aber gleichzeitig alles an Positivem über Pokrowskij Gesagte durch folgende Behauptung zunichte: „... Aber die subjektivistische Konzeption des historischen Prozesses, geschaffen von M. N. Pokrowskij, fügte der Entwicklung der marxistischen Geschichtsschreibung ernste Schäden zu.“⁹⁾

Mit der Bilanz dieser Sitzung war die Partei anscheinend nicht zufrieden. Deshalb fand im Mai 1959 in Taschkent, der Hauptstadt Usbekistans, eine neuerliche Veranstaltung, diesmal zu dem festumrissenen Thema „Der fortschrittliche Charakter der Vereinigung Mittelasiens mit Rußland“, statt. Während dieser Konferenz erzielte die chauvinistisch eingestellte Parteibürokratie einen unglaublichen Erfolg. Für Prokrowskij wurde zwar ein Lippenbekenntnis abgegeben, jedoch ihm und seiner Schule gleichzeitig vorgeworfen, „die Vereinigung der Grenzgebiete mit Rußland zu Unrecht als ‚absolutes Ubel‘ verurteilt zu haben. *Erst in Arbeiten, die zwischen 1945 und 1950 in der Sowjetunion erschienen, tadeln einige Aspekte der Vereinigung Turkestans mit Rußland ihre richtige Wertung.*“¹⁰⁾ Auf diese Weise erlitten alle fortschrittlichen Bestrebungen, die sowjetische Geschichtsschreibung über Mittelasien wenigstens bis

zu gewissem Grade der Wissenschaftlichkeit und Objektivität anzunähern, eine unerwartete Schlappe. Die Fälschungen der Shdanowschchina und nicht die marxistischen Historiker der Lenin- und der Revolutionszeit wurden rehabilitiert.

Der Taschkenter Sitzung eignete nicht Wissenschaftlichkeit, sondern sie war eine politische Manifestation, die der führende sowjetische Historiker E. M. Shukow so charakterisierte: „Die Session lief unter dem Banner des sozialistischen Internationalismus und sowjetischen Patriotismus. Sie war eine leuchtende Demonstration der lebendigen Kraft der Freundschaft der Sowjetvölker, des Sieges der Leninschen Nationalitätenpolitik.“¹¹⁾ In der bei dieser Sitzung gefaßten Resolution war zu lesen: „Die wissenschaftliche Session gab eine überzeugende Darstellung der Erfolge der sowjetischen Geschichtswissenschaft und ihrer Entwicklung in den nationalen Republiken der UdSSR. Auf Grund der genauen Erforschung des dokumentarischen Materials bestätigte die Session das Ergebnis, daß die Vereinigung Mittelasiens mit Rußland und ihre Folgen von positiver Bedeutung für das Schicksal aller mittelasiatischen Völker waren.“¹²⁾

Die Taschkenter Konferenz machte die Strategie der Parteifunktionäre und ihrer Sprecher unter den sowjetischen Historikern deutlich. Der Kolonialismus des zaristischen Rußland und seine vernichtenden Folgen für verschiedene mittelasiatische Völker wurden auf sonderbare Weise in rosigem Licht dargestellt: So schlimm die Vergangenheit auch gewesen sein mag, so ist das heutige Aufblühen der „sozialistischen Nationen“ in Sowjet-Asien der beste Beweis für die progressive Bedeutung der zaristischen Annexionen. Die marxistischen Historiker der zwanziger Jahre in Rußland betrachteten die Oktober-Revolution und die Vernichtung der Selbstherrschaft der Zaren als Stichtag einer neuen Phase in der Entwicklung dieser Völker. Auch die Kommunisten halten in der Chruschtschow-Ära daran fest, die Eroberungen des zaristischen Rußland als den Beginn eines sich bis heute kontinuierlich fortsetzenden historischen Prozesses zu werten.

Die Erklärungen der Taschkenter Konferenz klangen sehr zuversichtlich und erweckten den Anschein, als hätte die Partei auf einmal den ganzen Problemkomplex gelöst. Jedoch zeigte

9) Materialy obedinennoj naučnoj sessii powiaschtschennoj istorii srednej Asii i Kasachstana (Epocha sozializma) [Material der Vereinigten Wissenschaftlichen Session, gewidmet der Geschichte Mittelasiens und Kasachstans] in: Sozialistische Epoche, Alma-Ata 1958, S. 15.

10) Woprosy istorii, Nr. 8/1959, S. 173.

11) Prawda Wostoka, 30. 5. 1959.

12) Woprosy istorii, Nr. 8/1959, S. 183.

bereits die Entwicklung der nächsten Monate, daß die Dinge in Wirklichkeit völlig anders lagen. In der Sowjetunion, besonders in den Republiken, kam die Diskussion über den Charakter und die historische Rolle des zaristischen Imperiums nicht zum Stillstand. Unter den Historikern wie auch unter den Vertretern der nationalen Intelligenz kristallisierten sich in dieser Frage verschiedene Fronten heraus. Als erfreulich ist festzustellen, daß sich den antichauvinistischen Stimmen auch mehrere russische Historiker und Wissenschaftler gesellten. Unter dem Druck der öffentlichen Meinung wie auch im Verfolg gewisser strategischer Winkelzüge, hauptsächlich in Zusammenhang mit der Zuspitzung des Konfliktes zwischen Moskau und Peking, entschloß sich die Partei zu einer weitgesteckteren Rehabilitierung von Pokrowskij und seiner Schule. Während des XXII. Parteitages der KPdSU äußerte sich der damalige Leiter der ZK-Abteilung für Propaganda und Agitation, Iljitschew, zu dieser Frage eindeutig: „Hat die Leninsche Einschätzung irgend etwas mit den schweren Beschuldigungen gemein, die in der Zeit des Personenkults gegen M. N. Pokrowskij erhoben wurden? Man hat ihn bekanntlich zum Haupt der antimarxistischen Schule in der Geschichtswissenschaft gestempelt und alle seine Werke als Äußerung der vulgären Soziologie, des ökonomistischen Materialismus und der bürgerlichen Geschichtsschreibung verdammt.“¹³⁾

Von einer echten, vorbehaltlosen Rehabilitierung Pokrowskij's konnte jedoch keine Rede sein. Die vom Verlag „Mysl“ angekündigte vierbändige Herausgabe seiner Werke stellte zwar — nicht nur in wissenschaftlicher, sondern auch politischer Hinsicht — ein großes Ereignis dar, das in seiner Bedeutung jedoch durch den gleichzeitigen Hinweis der parteitreuen Historiker eingeschränkt wurde, daß alle Arbeiten einer entsprechenden Kommentierung bedürfen. Immerhin bedeuteten diese Ereignisse um Pokrowskij in der Sowjetunion eine große Unterstützung der fortschrittlichen, antichauvinistischen Kreise und vermittelten der Diskussion über den Charakter der Kolonialpolitik des zaristischen Rußland neue Impulse.

Der Taschkenter Konferenz folgten weitere Veranstaltungen. Unter dem Aspekt der Sachlichkeit war eine Redaktionskonferenz der Woprosy istorii, die im zweiten Halbjahr 1963

stattfand, am bedeutsamsten. Das Hauptreferat zum Thema „Die Leninsche Konzeption der Kolonialpolitik des Zarismus“ hielt der wissenschaftliche Mitarbeiter des Institutes für Geschichte, Archäologie und Ethnographie bei der Akademie der Wissenschaften der Kasachischen SSR, P. G. Galuso. Er stützte sich in erster Linie auf Dokumente Lenins und Daten der ökonomischen Entwicklung in Mittelasien zur Zeit des Zarismus. Als Ergebnis seiner Untersuchung kam die These zustande, daß „in Zusammenhang mit der reaktionären Politik des Zarismus der objektive Gang der Wirtschaftsentwicklung der Rußland angegliederten nationalen Territorien nicht eine stufenweise fortschrittliche Entwicklung der Kolonien hervorgerufen hat... Der Zarismus versklavte die Völker nicht nur politisch, sondern ökonomisch, der ‚kapitalistische‘ Imperialismus bremste die ökonomische Entwicklung der Kolonien, konservierte bei ihnen die Feudalverhältnisse.“¹⁴⁾

Die durch den Vortrag Galusos ausgelöste Diskussion macht deutlich, gegen welche Schwierigkeiten eine wahrhaft wissenschaftliche Untersuchung der Politik des zaristischen Rußland zu kämpfen hat. Der russische Historiker A. A. Fadejew erklärte zum Beispiel, daß eine Betrachtung der historischen Ereignisse unter Berücksichtigung des Wirkens der zaristischen Kolonisatoren die Vereinigung eindeutig als Annexion und Versklavung entlarve. „Aber eine solche einseitige Haltung bei der Entscheidung dieser Frage müßte zur Bestätigung der uns feindlichen nationalistischen Konzeption in der Geschichtswissenschaft führen... Die objektiv fortschrittlichen Folgen der Vereinigung Rußlands zu verschweigen, ist nicht minder schädlich als die Vertuschung des räuberischen Charakters des russischen Imperialismus.“¹⁵⁾ Der Historiker M. J. Gefter versuchte mit einem dialektischen Balanceakt den Wünschen der chauvinistisch eingestellten Parteibürokratie entgegenzukommen: „Die Vereinigung, die sogar mit Gewalt erreicht wurde, konnte historisch fortschrittlich sein, wenn man ‚Fortschritt‘ nicht aus großstaatlichen apologetischen oder sentimental-idyllischen Positionen, sondern aus den Positionen des Marxismus-Leninismus, als Form der Gesellschaftsentwicklung unter der Herrschaft der ausbeuterischen Klassen betrachtet.“¹⁶⁾

14) Woprosy istorii, Nr. 11/1963, S. 149.

15) Ebenda, S. 150.

16) Ebenda, S. 152.

13) Die Presse der Sowjetunion, Nr. 132, 1961, S. 2895.

Die Redaktionskonferenz der Woprosy istorii vermittelt einen Eindruck, wie unpopulär dieser chauvinistische Standpunkt bei den sowjetischen Wissenschaftlern ist. In zahlreichen Äußerungen einiger Diskussionsteilnehmer klang manchmal offene Opposition dagegen an. Der Kasache Galuso fand nur bei wenigen und auch nur teilweise Unterstützung. Der russische Historiker Dubrowski verlangte eine

möglichst exakte Darstellung des Kampfes der Völker in den Randgebieten der Sowjetunion gegen den Zarismus. Ein anderer Historiker, Tarnowski, ermahnte die Anwesenden, „auf Anschauungen zu verzichten, gemäß denen die Vereinigung in rosigen Farben geschildert wird!“ Die der gegenwärtigen Parteilinie hörigen Historiker versuchten alle diese Gedanken zu ersticken.

Jahrestag der zaristischen Annexion — Anlaß zu kommunistischen Großfeierlichkeiten

Der chauvinistische Kurs der Partei beschränkt sich nicht allein auf die entsprechenden Abschnitte der Geschichtsschreibung, sondern drückt sich auch in einer Reihe praktischer Maßnahmen aus und prägt in Wirklichkeit die gesamte sowjetische Nationalitätenpolitik.

Jeder Jahrestag zaristischer Eroberungen wird von den Kommunisten zum Anlaß großer Feierlichkeiten genommen. Nicht ohne Ironie ist festzustellen, daß — wie die vorhandene Dokumentation beweist — die „freiwilligen Vereinigungen“ der Völker mit dem zaristischen Rußland mit weit größerem Aufwand gefeiert werden als zum Beispiel die Jubiläen der Errichtung der Sowjetmacht in dieser oder jener Republik. Aus der langen Liste solcher Feierlichkeiten ragen folgende als besonders markant hervor:

- Mai 1954
300jährige Annexion der Ukraine
- Juni/Juli 1957
400jährige Annexion der Kabardiner
- Juli 1957
400jährige Annexion Baschkiriens
- September 1957
400jährige Annexion der Karatschajer
und Tscherkessen
- Oktober 1957
320jährige Annexion Jakutiens
- Juni 1958
400jährige Annexion Udmurtiens
- Juli 1959
300jährige Annexion der Burjaten
- August 1959
350jährige Annexion der Kalmücken
- Oktober 1963
100jährige Annexion Kirgisiens
- Mai 1964
150jährige Annexion Aserbeidschans

Allen diesen Feierlichkeiten lag ein bestimmtes Ritual zugrunde. Gewöhnlich veröffentlichten die Parteiorgane der jeweiligen Republiken eine prinzipielle Erklärung, in der, nach Punkten geordnet, die Bedeutung der „freiwilligen Vereinigung“ hervorgehoben wird. Nur am Rande werden die nationale Unterdrückung und wirtschaftliche Ausbeutung der nichtrussischen Völker durch das zaristische Imperium erwähnt. Die geschichtlichen Tatsachen werden skrupellos verdreht, der Befreiungskampf der Völker gegen das zaristische Rußland entweder verschwiegen oder als „reaktionär“ abgetan. Am Vorabend der Feiertage brachten die Lokalzeitungen eine gemeinsame Grußbotschaft des ZK der KPdSU, des Ministerrates, des Präsidiums des Obersten Sowjets der UdSSR an das jeweilige Volk. Am Jahrestag der „Vereinigung“ selbst wurden in den Republiken beziehungsweise Autonomen Republiken Jubiläumssessionen des Obersten Sowjet abgehalten, an denen prominente Vertreter des Präsidiums des ZK der KPdSU und Delegationen aus anderen Republiken und Autonomen Republiken teilnahmen. Während der Feierlichkeiten hielten örtliche Parteifunktionäre Reden, in denen sie das „großrussische Volk“ priesen und ihm Dank sagten, daß es vor soundsoviel hundert Jahren die Existenz ihres Volkes gerettet habe. Selbstverständlich fiel kein Wort über „Annexion“ und wurde nur von „freiwilliger Vereinigung“ gesprochen.

Es scheint unerlässlich, an die Position der Sowjetkommunisten der zwanziger Jahre in der Frage dieser „freiwilligen Vereinigung“ zu erinnern, um deutlich zu machen, welche qualitativen Veränderungen in der Führungsschicht der Sowjetunion in der Stalin-Ära stattgefunden haben und wieweit die Denkkategorien aus dieser Zeit immer noch die Mentalität der gegenwärtigen sowjetischen

Parteibürokratie beherrschen. Aus technischen Gründen wird im folgenden nur auf einige Fälle näher eingegangen, und es werden nicht spezifische Einzeldarstellungen, sondern populäre Nachschlagewerke der zwanziger Jahre als Material herangezogen.

Zu Beginn soll ein Blick auf die Interpretation der Geschichte Sibiriens und einiger Volksgruppen der Russischen SFSR geworfen werden. Die dortigen Ereignisse sind besonders wichtig, da die Diskussion über ihre Vergangenheit für die gegenwärtige Position dieser Völker viel bedeutsamer ist als im Fall der Unionsrepubliken, die den Russifizierungsmaßnahmen heftigen Widerstand entgegenzusetzen. Das beweist zum Beispiel die Durchführung der Schulreform von 1958, gemäß der unter anderem die Wahl der Unterrichtssprache der „Entscheidung der Eltern“ überlassen wurde. Während es in den Unionsrepubliken den republikanischen Behörden mit wenigen Ausnahmen (zum Beispiel Belorußland) gelang, die Position der nationalen Sprache in der Schule weitgehend zu behaupten, ist die Situation in den Autonomen Republiken der RSFSR eine völlig andere. Nur ein verschwindender Prozentsatz der sogenannten nationalen Schulen bedient sich der Nationalsprache als Unterrichtssprache. In den höheren Schulen erfolgte der fast ausschließliche Übergang zum Russischen. Die Muttersprache blieb lediglich Wahlfach. Deswegen kann an der Wirksamkeit der Manipulationen der chauvinistischen Parteibürokratie, bei den Völkern der Russischen Föderation Geschichtsklitterung vorzunehmen, kein Zweifel bestehen.

Die Sibirische Filiale der Akademie der Wissenschaften der UdSSR in Nowosibirsk arbeitet intensiv an der Herausgabe einer „Geschichte Sibiriens“. Aus einigen Publikationen der sowjetischen Fachliteratur geht deutlich hervor, nach welchen Richtlinien die Vorbereitungen zu dieser Arbeit verlaufen¹⁷⁾. Bei einem Vergleich dieses Materials mit den Veröffentlichungen der marxistischen Historikerschule der zwanziger Jahre über die Geschichte Sibiriens, die weitgehend mit einigen zu diesem Thema im Westen erschienenen Arbeiten übereinstimmen, läßt sich erst die stark abweichende Betrachtungsweise ermessen. In einigen Studien, verschiedenen Publikationen und Nachschlagewerken der zwanziger Jahre und Anfang der dreißiger Jahre wurde die

Unterwerfung Sibiriens durch das zaristische Rußland als „Beginn der Ausraubung der sibirischen Völker“ bezeichnet. Der Eroberer Sibiriens, Jermak, war in den Augen der sowjetischen Historiker der damaligen Zeit ein typischer Exponent der Kolonialpolitik der Zaren. „Die Einheiten Jermaks zerschlugen den Staat der sibirischen Tataren, Kutschuma, (1581) und bewegten sich im tiefen Sibirien, indem sie ihren Weg mit dem Blut der Tataren, Wogulen und Ostiaken überschwemmten.“ Die sowjetischen Quellen der Leninzeit und einiger Jahre danach betrachteten die Eroberung Sibiriens als „echten Kolonialkrieg“. „Die sibirischen Völker, die gegen die Kolonisationspolitik des Zaren kämpften, schlossen gegenseitig Bündnisse gegen die Versklaver und erhoben sich ein um das andere Mal. Eine Reihe solcher Aufstände fällt in die ersten zehn und in die sechziger Jahre des 17. Jahrhunderts. Die russische Regierung schuf eine Reihe von Widerstandspunkten für den Kampf gegen die „Inorodzi“. Geschildert wird die Rolle der Besteuerung, „jasak“ genannt, auf Grund deren die einheimische Bevölkerung die wertvollsten Pelze und so weiter abliefern mußte. „Ende des 16. Jahrhunderts bildete der Verkaufserlös wertvoller Pelze 30 % aller Einnahmen des Moskauer Staates.“ Gewaltige Mengen der geraubten Rauchwaren wurden aber nicht abgeliefert, sondern von der Sibirischen Verwaltung einbehalten, die jeden Widerstand in Sibirien mit brutalsten Maßnahmen unterdrückte.“¹⁸⁾

In den Nachschlagewerken, die noch vor dem endgültigen Sieg des Stalinismus in der Sowjetunion erschienen, behandelten die Historiker die Befreiungskämpfe der sibirischen Völker. Aus diesen Berichten geht hervor, daß im 18. und teilweise auch im 19. Jahrhundert Aufstände der Kamtschagalen und Tschuktschen stattgefunden haben, bei deren Niederschlagung die gesamte erwachsene Bevölkerung getötet wurde. Die Aufhebung der Leibeigenschaft (1861) hatte für die sibirischen Völker nur in geringem Maße Bedeutung. Die zaristische Bürokratie, russische Siedler sowie die Klöster der Orthodoxen Kirche praktizierten die Leibeigenschaft fast bis zum Ausbruch der Oktoberrevolution. Der Bau der Transsibirischen Bahn Ende des 19. Jahrhunderts begünstigte die Ausbeutung der sibirischen Völker und die russische Kolonisation¹⁹⁾.

17) Berichte darüber in: Woprosy istorii, Nr. 9/1960 u. Nr. 10/1963

18) MSE, Bd. VII, Moskau 1930, Sp. 856.

19) Vgl. z. B. MSE, Bd. VII, Sp. 856.

Aus einem gänzlich anderen Blickwinkel sehen die chauvinistischen Historiker der Chruschtschow-Ära die Ereignisse in Sibirien. Die dortige Kolonialpolitik des zaristischen Rußland sei gar nicht so schlimm gewesen, behauptet zum Beispiel W. I. Schulkow, korrespondierendes Mitglied der Akademie der Wissenschaften der UdSSR, in seinem Artikel anlässlich der Herausgabe der „Istorija Sibirii“ (Geschichte Sibiriens). Danach verschaffte der russische Kolonialismus vielen sibirischen Völkern glänzende Entfaltungsmöglichkeiten und führte zu einem enormen Bevölkerungszuwachs. Einige der von ihm veröffentlichten Daten verdienen festgehalten zu werden: „Während es im 17. Jahrhundert nicht mehr als 27 000 Burjaten gab, waren es Ende des 19. Jahrhunderts (1897) bereits 298 000; die Zahl der Altai-Dajaner turksprachigen Völker erhöhte sich in diesem Zeitraum von 16 700 auf 108 000. Die sibirischen Tataren wuchsen von 17 000 auf 73 000 an.“²⁰⁾ Im Gegensatz zu den auch im Westen bekannten Tatsachen behaupten die sowjetischen Historiker, daß die Besiedlung Sibiriens durch die Russen keineswegs eine Verminderung der Nutzfläche im Besitz der einheimischen Bevölkerung verursacht habe. Die russischen Kolonisten hätten landwirtschaftliche Intensivierungsmethoden eingeführt und dazu beigetragen, die nomadisierenden Völker Sibiriens sesshaft zu machen.

1957 wurde in der Sowjetunion die 400jährige Wiederkehr der „freiwilligen Vereinigung“ *Baschkiriens* mit dem russischen Imperium groß gefeiert. Im Juni desselben Jahres fand in Ufa eine wissenschaftliche Sitzung der Filiale der Akademie der Wissenschaften der UdSSR in der Baschkirischen ASSR statt. Das Material dieser Veranstaltung wurde inzwischen veröffentlicht und reicht völlig aus, den Unterschied zwischen der Einstellung der sowjetischen Historiker der Chruschtschow-Ära zu jener der Historiker nach der Oktoberrevolution aufzuzeigen.

In den zwanziger und dreißiger Jahren erlaubte sich kein sowjetischer Historiker, von einem „freiwilligen Anschluß“ *Baschkiriens* zu sprechen. Die Eroberung dieses Gebietes war in Zusammenhang mit der Zerschlagung des Khanats Kasan, das nach dem Zerfall der Goldenen Horde im 15. Jahrhundert im Siedlungsraum der Wolgabulgaren entstanden war, erfolgt. Russische Historiker der Pokrowskij-Schule berichteten von einem hohen Niveau von Landwirtschaft und Handel des Khanats. Ob-

wohl es sich um einen typischen Feudalstaat handelte, wiesen sie darauf hin, daß auch Zivilisation und Kultur im Khanat Kasan ohne Zweifel höher entwickelt waren als im damaligen Moskauer Fürstentum. So ist in einem sowjetischen Nachschlagewerk der zwanziger Jahre zu lesen: „Die relativ hohe Kultur des Khanats Kasan hat auf den Moskauer Staat Einfluß ausgeübt.“ Das Motiv für Moskau, Kasan zu zerschlagen, bildete, wie in dieser Quelle genau definiert wird, „der dringende Bedarf der russischen adeligen Großgrundbesitzer an Boden, und ihr Bestreben, sich der Wolga zu bemächtigen.“ Die Zerschlagung Kasans war von der „grausamen Abrechnung“ der Russen mit den Tataren und anderen nationalen Minderheiten begleitet²¹⁾.

Sowjetische Historiker der zwanziger Jahre würdigten in ihren Untersuchungen die Aufstände der baschkirischen Bevölkerung gegen die zaristische Selbstherrschaft als Befreiungskampf und sahen hierin eine traditionelle Verbundenheit mit dem Sowjetstaat und der Geschichte der Völker der Sowjetunion. Gegenstand zahlreicher Studien war vor allem der Aufstand der Baschkiren von 1705—1709. Vergleicht man dieses Material mit der späteren These von der „freiwilligen Vereinigung“ *Baschkiriens* mit Rußland, so muß man über die Unverfrorenheit der gegenwärtigen sowjetischen Historiker staunen. Aus den veröffentlichten Materialien geht hervor, daß Zar Peter I. den zur Unterdrückung des Aufstandes beorderten Einheiten befohlen hatte, Hab und Gut der Bewohner zu requirieren und als ihr Eigentum zu betrachten und die Bevölkerung zu vernichten. Diesem Befehl kamen 30 000 zaristische Soldaten unter dem Kommando von General Bachmetjew nach. Sie brannten die Dörfer der Baschkiren, Syrjanen, Botjaken, Tschuwaschen und Tataren nieder, beschlagnahmten die Viehbestände und „mordeten Männer und Frauen drei Jahre lang.“²²⁾

1957 wurde während der erwähnten wissenschaftlichen Konferenz in Ufa debattiert, ob die Befreiungskämpfe *Baschkiriens* im 17. und in der ersten Hälfte des 18. Jahrhunderts als fortschrittlich zu bezeichnen seien. Eine Gruppe sowjetischer Historiker versuchte unter Verdrehung der Tatsachen zu beweisen, daß es sich nicht um Massenaufstände der „Inorod-

21) MSE, Bd. III, Moskau 1929, Sp. 616.

22) N. Firsow, *Inorodtscheskoje nasilenije prieshego Kasanskago zarstwa w nowoj*, Moskau 1922, S. 242 u. 441; dort auch einzelne Berichte über die Aktionen Bachmetjews und Zahlenangaben der ermordeten Baschkiren, Tataren usw.

20) *Woprosy istorii*, Nr. 10/1963, S. 69.

zen", sondern um den reaktionären Kampf feudaler Cliques gehandelt habe. N. W. Ustjugow, Kandidat der Geschichtswissenschaft, behauptete zum Beispiel, daß die baschkirischen Bauern nur unter dem Druck des von den Feudalherren ausgeübten Terrors gegen die Russen gekämpft hätten. Die nichtbaschkirische Bevölkerung habe sich an den Aufständen nicht beteiligt. Den Höhepunkt des Zynismus stellt die Huldigung des erwähnten Wissenschaftlers an jene Baschkiren dar, die angeblich das „reaktionäre Wesen“ der Politik der Feudalen erkannt und sich gegen die Aufständischen gestellt hätten. Eine solche Darstellung bildet aber noch keineswegs den Gipfel der chauvinistischen Auswüchse, welche die Haltung jener Gruppe parteitreuer Historiker zeigte. Bei den Feierlichkeiten anlässlich der 400jährigen Vereinigung Baschkiriens mit Rußland wurden nicht etwa die Baschkiren gewürdigt, die für die Befreiung gekämpft hatten, sondern vielmehr jene, die vom zaristischen Regime gezwungen worden waren, in der zaristischen Armee zu dienen und sich an den kolonialen Eroberungszügen im 17. Jahrhundert zu beteiligen. Während der wissenschaftlichen Session in Ufa pries der Historiker A. N. Usmanow die „patriotischen Taten“ der in der zaristischen Armee dienenden baschkirischen Soldaten. Eine Version, welche die marxistischen Historiker der zwanziger Jahre, hätten sie sie vernehmen können, in Schrecken versetzt haben müßte. Seinen ganzen Bericht widmete der Karrierist Usmanow den militärischen Verdiensten der Baschkiren „bei der Verteidigung der Südwestgrenzen des russischen Staates im 16.—19. Jahrhundert, der Beteiligung der baschkirischen irregulären Einheiten an den Kampfhandlungen der russischen Armee gegen die Intervention zu Beginn des 17. Jahrhunderts, an den Feldzügen auf der Krim und nach Asow im 17. Jahrhundert, am Nordischen und Siebenjährigen Krieg des 18. Jahrhunderts und am Vaterländischen Krieg von 1812.“²⁴⁾

Ein anderer russischer Historiker, W. A. Rybakow, vertrat die These, daß man eine Bewegung nicht blindlings als fortschrittlich bezeichnen könne, nur weil sie gegen den Zarismus gerichtet war. Darin stimmte er völlig mit der Forderung der chauvinistisch denkenden Parteibürokratie und jenes Teils der sowjetischen Historiker überein, die zu ihrem blinden Werkzeug geworden waren, daß die Bewertung einer gegen das zaristische Rußland gerichteten

Befreiungsbewegung als „fortschrittlich“ oder „reaktionär“ in erster Linie durch ihren „anti-feudalen“ Inhalt bestimmt werde. Diese These, die nicht nur für die marxistische, sondern für jede wissenschaftliche Geschichtsbetrachtung untragbar ist, versuchte die sowjetische Parteibürokratie der Untersuchung der Befreiungskämpfe in der Ukraine, im Kaukasus und besonders in Mittelasien zugrunde zu legen. Nur aus Respekt vor den politischen Gegebenheiten vermeiden die sowjetischen Historiker heute, diese Methode auch in bezug auf den Befreiungskampf Polens, Rumäniens und des Baltikums anzuwenden. Während der Stalinzeit scheute man selbst davor nicht zurück.

Ein weiteres Beispiel für derartige Praktiken bildet *Jakutien*. Im Oktober 1957 wurde die 320jährige „freiwillige Vereinigung“ dieses Gebietes mit Rußland feierlich begangen. Sowjetische Nachschlagwerke der zwanziger Jahre enthalten detaillierte Informationen, wie sich der Zusammenschluß seinerzeit abgespielt hat. Jakutien reizte das zaristische Rußland als Hauptlieferant wertvoller Rauchwaren. Als es im 17. Jahrhundert von zaristischen Kosaken einheiten besetzt wurde, bauten sie ein kompliziertes Ausbeutungssystem auf, um vor allem mit Hilfe des Umtausches gegen wertlose Gegenstände und der Ausbreitung des Alkoholismus unter der Bevölkerung in den Besitz der Pelze zu gelangen. „Die koloniale Ausplünderung war sowohl von seiten der Wojewoden wie der Kosaken von bestialischen Grausamkeiten begleitet. Neben Mord und Vergewaltigung praktizierten die Eroberer die Sklaverei, und die Stadt Jakutsk war noch zu Beginn des 19. Jahrhunderts das Zentrum des Sklavenhandels für ganz Sibirien.“²⁵⁾ Die gleiche Quelle berichtet, ebenso wie viele wissenschaftliche Studien über Jakutien, daß die Kolonialpolitik und nationale Unterdrückung seitens des zaristischen Rußland zahlreiche Aufstände der jakutischen Bevölkerung verursachte, die mit brutalen Mitteln niedergeworfen wurden. Von 1634 bis zum Beginn des 18. Jahrhunderts haben mehrere solcher Aufstände stattgefunden, und erst danach konnte Moskau in Jakutien festen Fuß fassen.

Es ist erwiesen, daß der Chauvinismus eines Teils der Historiker von der fortschrittlich denkenden sowjetischen Intelligenz mit Abscheu betrachtet wird. Beweise liegen vor, daß nach 1957 Versuche unternommen wurden, die Angliederungen den historischen Tatsachen ent-

24) Ebenda, S. 190.

25) MSE, Bd X, Moskau 1932, Sp. 400.

23) Woprosy istorii, Nr. 6/1957, S. 189.

sprechend darzustellen. In einer literarischen Zeitschrift schrieb zum Beispiel der bekannte armenische Literaturkritiker Petrosjan folgendes: „Die jakutischen Schriftsteller sollen ihre Vorstellung vom großrussischen Volk von den scheußlichen kolonialisatorischen Plänen Stolypins trennen, die dahin zielten, die Jakuten in die Sphäre des ewigen Eises zurückzudrängen und ihren Boden für zwei Millionen Umsiedler aus Zentralrußland freizumachen.“²⁶⁾

Was sich in dieser Hinsicht bezüglich der Republiken in der letzten Zeit abgespielt hat, soll am Beispiel der *Kirgisischen SSR* erläutert werden, deren 100jährige „freiwillige Vereinigung“ mit Rußland 1963 in Frunse mit großem Pomp begangen wurde. Ein Vergleich zwischen einem Dokument des Jahres 1936 und einem von 1963 vermag besser als jeder Kommentar den Vormarsch des Chauvinismus zu illustrieren.

Anno 1936 „Die Kolonisation Kirgisiens durch das Zarenreich begann in der ersten Hälfte des 19. Jahrhunderts. Die Kolonisierungspolitik des zaristischen Rußland führte zur Verarmung und zum Aussterben der kirgisischen Bevölkerung, deren Zahl sich innerhalb von zehn Jahren (1903—1913) um 7—10 % verringerte. Die Kirgisen wurden in die kahlen Gebiete zurückgedrängt... Die Kolonisationspolitik der russischen Selbstherrschaft bremste auf Jahre hinaus die Entwicklung der Produktivkräfte... Sie rief maßlose Unzufriedenheit und eine Reihe von Erhebungen des kirgisischen Volkes hervor. So entflammte am 18. 5. 1898 im Ujesd Andishan ein Aufstand gegen das russische Zarenreich. 1916, während des imperialistischen Krieges, erhob sich ein Aufstand, der große Ausmaße annahm und den Charakter einer nationalen Befreiungsbewegung des kirgisischen Volkes gegen den Zarismus trug. Für die Unterdrückung des Aufstandes wurden einige Regimenter Infanterie, Artillerie, Pioniere usw. beordert. General Kuropatkin gab den Befehl: ‚Nicht mit Patronen sparen! Infolge der Unterdrückung des Aufstandes verringerte sich die kirgisische Bevölkerung um 30—40 %, während die Viehverluste 60—70 % betrugten. Ein Teil der Aufständischen wurde vernichtet, die übrigen flohen nach China.“²⁷⁾

Anno 1963: „Der freiwillige Anschluß Kirgisiens an Rußland war vom Gang der geschichtlichen Entwicklung vorbereitet und

drückte die früheren flammenden Bestrebungen des kirgisischen Volkes um die Freundschaft mit dem großen russischen Volk aus... Was war Kirgisien vor 100 Jahren? Ein wildes Land, in dem ein feudales Stamessystem herrschte... Seit den siebziger Jahren des vergangenen Jahrhunderts entstanden auf kirgisischem Territorium die ersten Bauernhöfe russischer Umsiedler, unter deren Einfluß die Kirgisen den Ackerbau zu erweitern und zur Selbsthaftigkeit überzugehen begannen. Es setzte die Entwicklung der Industrie ein. Man kann sich leicht vorstellen, was heute mit Kirgisien geschehen würde, wenn es nicht unter dem hoffnungsvollen Schutz des starken russischen Staates stünde.“²⁸⁾

Ein weiteres Beispiel stellt die 150jährige Vereinigung *Aserbeidschans* mit dem zaristischen Rußland dar, die als ein historisches Ereignis von großer Bedeutung kürzlich gefeiert wurde und in die Gesamtkonzeption von der fortschrittlichen Bedeutung des russischen Kolonialismus des 19. Jahrhunderts paßt. Kein einziges Dokument über diese Feier und keine einzige Rede erwähnte die Kriege, die das zaristische Rußland gegen den Kaukasus geführt hat und die schließlich zum Anschluß *Aserbeidschans* an Rußland führten. In den Nachschlagwerken aus der vor-stalinistischen Zeit war der Vormarsch des zaristischen Rußland in Richtung des Kaukasus genau geschildert worden: „Die gesamte Geschichte der Unterwerfung und ‚Befriedung‘ des Kaukasus ist die Geschichte kolonialer Ausraubung, von Grausamkeiten, Mord und Zugründung der kaukasischen Bevölkerung.“ Als das zaristische Rußland den Kaukasus eroberte, „wurden ganze kaukasische Stämme nach Sibirien ausgesiedelt oder gezwungen, in die Türkei auszuwandern. Der von ihnen konfiszierte Boden wurde an Kosaken, russische Adelige, Generäle und Offiziere, die an der Unterwerfung des Kaukasus teilgenommen hatten, vergeben. Die in den sechziger Jahren des 19. Jahrhunderts vorgenommene ‚Befreiung‘ der Bauern im Kaukasus kam einer vollständigen Beraubung gleich. Eine Reihe feudaler Verpflichtungen, die ein Überbleibsel des Leibeigenschaftssystems waren, belastete die Bauern schwer.“ Sie erhielten sehr wenig Boden zugeteilt, durchschnittlich ca. 1½ ha je Hof. Nach der Beendigung der Kriege war in den sechziger Jahren ein stän-

28) Aus der Rede des Ersten Sekretärs des ZK der KP Kirgisiens, T. Usabalijew, anläßlich der Jubiläumsfeierlichkeiten; nach Sowjetskaja Kirgisija, 31. 10. 1963

26) Snamja, Nr. 8/1960.

27) MSE, Bd. XXXII, Moskau 1936, Sp. 377.

diger Zustrom russischer und ukrainischer Landbevölkerung in den Kaukasus festzustellen²⁹⁾.

Ähnlich gegensätzliche Beurteilungen wurden in bezug auf die Geschichte der *Ukraine* geäußert. Als 1954 das 300jährige Jubiläum ihrer Vereinigung mit Rußland gefeiert wurde, standen diese pompösen Veranstaltungen nicht nur unter der Parole „Vereinigung für ewige Zeiten“, sondern wurden auch zum Anlaß genommen, hervorzuheben, daß die Vereinigung die Substanz des ukrainischen Volkes gerettet habe. Diese Behauptung weicht vollkommen von den Anschauungen der sowjetischen, darunter auch russischen Historiker der ersten nachrevolutionären Schule ab. In einem Nachschlagwerk dieser Zeit ist zum Beispiel folgendes zu lesen: „Die großstaatliche chauvinistische Historiographie betrachtet den ‚Anschluß‘ der Ukraine an Rußland im Jahre 1654 als ‚Vereinigung‘ von zwei Teilen einheitlicher ‚russischer‘ Nationalität (W. P. Kljutschewskij u. a.) und verneint die Selbständigkeit des historischen Entwicklungsprozesses der Ukraine. Im Grunde genommen war der ‚Anschluß‘ der Ukraine das Resultat des Verrates der Interessen der ukrainischen Volksmassen durch die kosakische Oberschicht, die aus persönlicher Berechnung eine Vereinigung mit Moskau einging: mit seiner Hilfe wurden in der Ukraine die bereits durch die Revolution von 1648—54 annullierten Leibeigenschaftsverhältnisse wiederhergestellt, die für die kosakische Großgrundbesitzerschicht bei ihrem großen Bedarf an Arbeitskräften sehr vorteilhaft waren.“³⁰⁾

Auch andere wissenschaftliche Untersuchungen dieser Zeit geben zu, daß der Eintritt der Ukraine in das Leibeigenschaftssystem des russischen Staates in jeder Hinsicht einen Rückschritt bedeutete. Außerdem geht aus verschiedenen Quellen eindeutig hervor, daß die Kosakenoberschicht von Moskau betrogen, ihrer Privilegien in sehr kurzer Zeit beraubt und die Ukraine in eine unmittelbare Kolonie des zaristischen Rußland umgewandelt wurde, in der neben ökonomischer Ausbeutung auch die nationale Unterdrückung erfolgte. Deswegen bezeugten die russischen Historiker nach der Oktoberrevolution viel Verständnis für die „separatistischen Aktionen“ des freiheitlich denkenden Kosakentums

und seines Hetmans Mazepa. Sie waren natürlich nicht bereit, das soziale Programm Mazepas zu akzeptieren. Seine Bestrebungen, sich von der Kolonialherrschaft Moskaus zu befreien, waren in ihren Augen jedoch eine progressive historische Erscheinung. Im zaristischen Rußland und zu Stalins Zeiten wurde Mazepa dagegen, wie dies auch heute wieder geschieht, mit glühendem Haß verfolgt und zum Volksverräter gestempelt.

Was die baltischen Länder *Litauen*, *Lettland* und *Estland* anbelangt, so lassen die sowjetischen Parteimanager und ihre Helfershelfer auf dem Gebiet der Geschichtswissenschaft hier große Vorsicht walten. Die „Vereinigung“ dieser Völker mit dem zaristischen Rußland als kommunistische Feiertage zu begehen, wird wohlweislich unterlassen. Es wäre jedoch irrig anzunehmen, daß die Bemühungen der Partei davor Halt machten, auch die Geschichte dieser Nationen in den Rahmen der These vom „fortschrittlichen Charakter“ der Annexionen des zaristischen Rußland einzupassen. Nach dem Zweiten Weltkrieg wurden im baltischen Raum noch unter Stalin mehrere pseudowissenschaftliche Konferenzen organisiert, die den Beweis erbringen sollten, daß diese Länder von der Annexion durch Rußland nur profitiert hätten. Eine derartige Sitzung befaßte sich im November 1951 in Riga (Lettland) mit der Geschichte des Feudalismus im Baltikum. Eine ähnliche Konferenz im März 1953 stand im Zeichen der Untersuchung der kapitalistischen Periode. Von allen Veranstaltungen dieser Art bewies — wie die vorhandene Dokumentation ergibt — eine Konferenz, die 1954 abgehalten wurde, am meisten Sachlichkeit bei der Beurteilung der historischen Ereignisse. Sie fand in der kurzen Periode nach Stalins Tod statt, in der vieles noch im Fließen war und in der Sowjetunion auch unter den russischen Kommunisten starke Kräfte entschieden die Beseitigung des Stalinismus und Chauvinismus forderten. Unter der Parole „Zurück zu den Leninschen Prinzipien“ wurden heftige Angriffe gegen Chauvinismus und großstaatlichen Patriotismus geführt und die stereotype Betonung des „segensreichen Einflusses des zaristischen Rußland“ auf die Völker des Baltikums aufgegeben. In diesem Sinne ist der baltische Raum bis heute in größerem Ausmaß als die übrigen Teile der Sowjetunion vom massiven Druck der Chauvinisten verschont geblieben.

29) MSE, Bd III, Moskau 1926, Sp. 602.

30) MSE, Bd IX, Moskau 1931, Sp. 115.

Konflikt mit Peking hemmt chauvinistische Ausrichtung

In den letzten Monaten zeichneten sich in der Sowjetunion gewisse Tendenzen ab, den im 20. Jahrhundert beschämenden chauvinistischen Kurs abzumildern. Allerdings sind die Gründe dafür außerhalb der Sowjetunion zu suchen. Die Partei lockert ihre Allianz mit dem Chauvinismus unter dem Druck der Ereignisse innerhalb des Weltkommunismus. So griff der Konflikt zwischen Moskau und Peking bereits 1963 auf neue Gebiete über, die mit der Geschichte des zaristischen Imperiums in unmittelbarem Zusammenhang stehen. Zwischen sowjetischen und chinesischen Kommunisten entspann sich eine scharfe Polemik bezüglich der beiderseitigen Nationalitätenpolitik, wozu der Unionskongreß sowjetischer Soziologen in Frunse Ende 1963 unmittelbaren Anlaß gegeben hatte. Die Explosivität des ganzen Fragenkomplexes wurde erhöht, indem die Chinesen ihre Unzufriedenheit mit dem gegenwärtigen sowjetisch-chinesischen Grenzverlauf zu verstehen gaben. Die sowjetische Seite legte der chinesischen die sich ständig häufenden, teilweise sehr ernst zu nehmenden Grenzzwischenfälle zur Last. Erst 1963 wurde bekannt, daß die sowjetisch-chinesische Grenze von Peking gleich nach dem Tode Stalins zum Gegenstand interner Gespräche mit Moskau gemacht worden war. Ein 1954 in Peking erschienenes Lehrbuch hatte unter dem Titel „Imperialistische Eroberungen von 1840—1919“ die „neunzehn Verluste“ an chinesischem Territorium kartographisch dargestellt und als echte und gerechtfertigte Grenze Chinas zur Sowjetunion diejenige von 1840 eingezeichnet. Damit wurden nicht nur die Gebiete der heutigen Volksrepublik Mongolei, sondern auch ein beträchtlicher Teil Sowjet-Mittelasiens dem chinesischen Staatsgebiet zugeordnet.

Die Sowjetunion sah sich vor eine sehr heikle Situation gestellt, die auch für unser Thema von großer Bedeutung ist. Die chauvinistische Parteibürokratie hatte sich auf Grund der Ereignisse in Polen nach Stalins Tod gezwungen gesehen, im Westen die Grenze genau abzustecken, bis zu der die zaristischen Annexionen als „segensreich“ zu charakterisieren seien. Aus taktischen Gründen waren die sowjetischen Geschichtswissenschaftler schon zu Stalins Zeiten in dieser Frage sehr behutsam vorgegangen. Die Bedeutung des Konfliktes mit China für die Geschichtswissenschaft liegt darin, daß dadurch auch die russischen Annexionen im Osten in den Mit-

telpunkt des Interesses gerückt sind. Auch hier wird die anfechtbare These vertreten, daß die Scheidelinie zwischen den „progressiv“ und „reaktionär“ zu wertenden Annexionen des zaristischen Rußland gerade entlang der gegenwärtigen sowjetisch-chinesischen Grenze verlaufe. Diese Behauptung ist natürlich dem fortgesetzten Beschuß durch die Volksrepublik China ausgesetzt.

Der Druck dieser sowjetisch-chinesischen Differenzen löste in der Sowjetunion einige recht interessante und widerspruchsvolle Prozesse aus. Die Schule von Pokrowskij ist nach Stalins Tod zwar rehabilitiert worden, jedoch handelte es sich nur um eine Scheinrehabilitation, durch welche die sowjetische Geschichtswissenschaft und -forschung um den Namen eines großen Gelehrten bereichert wurde. Die überwiegende Zahl seiner Arbeiten steht aber nach wie vor auf der schwarzen Liste, und in bedeutenden Fachzeitschriften wurde Pokrowskij, was die nationalen Fragen anbetraf, sogar als Nihilist verurteilt. Nicht nur ihm, sondern auch der gesamten sowjetischen Historiographie nach der Oktoberrevolution wurden weiterhin schwerwiegende „Fehler“ vorgeworfen. Chauvinistisch eingestellte Historiker taten Pokrowskij als überholt ab und erklärten, es wäre „sonderbar“ auf ein Niveau, Schwächen und Fehler zurückzufallen, die die Geschichtswissenschaft bereits überwunden habe. „Pokrowskij hat die Bedeutung der nationalen Traditionen nicht immer richtig aufgedeckt und in diesem Sinne unrichtige Einschätzungen vorgenommen.“³¹⁾

Zwei führende sowjetische Wissenschaftler, der Philosoph P. Fedossejew und der Soziologe J. Franzew, entdeckten jetzt aber, daß sich die „Mängel“ Pokrowskijs sehr gut als Geschütz gegen die chinesischen Chauvinisten und Nationalisten einsetzen ließen. Als wichtigstes Verdienst Pokrowskijs bezeichnen sie sein kompromißloses Auftreten gegen die „zaristische Ideologie“ (notabene ein Begriff, den er niemals verwendet hat; der Russe Pokrowskij zog ausdrücklich gegen den russischen Chauvinismus und Nationalismus zu Felde). Nach dieser Feststellung kommen die beiden Partitheoretiker zu folgendem Schluß: „Die Tatsachen zeigen, daß in einer Reihe von Ländern das Echo dieser Ideologie bis heute wider-

31) Kommunist, Nr. 7/Mai 1964.

hält. Es gibt noch Geschichtswissenschaftler, die sich als Marxisten bezeichnen und sich mit einer Apologie Dschingis Khans und seiner räuberischen Plünderungszüge befassen. Deswegen ist die Frage der Bekämpfung des Personenkultes in der Geschichtswissenschaft mit der zaristischen Ideologie noch lange nicht von der Tagesordnung gestrichen.“³²⁾ Trotz dieser akrobatischen Sprünge können Fedosejew und Franzew die Tatsache nicht vertuschen, daß jene sowjetischen Historiker, die sich zu der These vom „progressiven Charakter“ der russischen Annexionen bekennen, durch die Haltung der chinesischen Kommunisten in eine äußerst prekäre und defensive Lage gedrängt wurden. Am wichtigsten dabei ist, daß eine eigentliche Diskussion der historischen Rolle des zaristischen Rußland noch nicht eingesetzt hat. Dieses Thema verwandelt sich innerhalb des kommunistischen Lagers in ein umstrittenes Problem, und ein echter Disput darüber steht noch bevor.

Es gibt verschiedene Anzeichen dafür, daß sogar die sowjetische Führung und die verantwortlichen Parteifunktionäre zu begreifen beginnen, wie sehr die chauvinistische These von der „fortschrittlichen Bedeutung“ des russischen Kolonialismus dem Ansehen der Sowjetkommunisten schadet und einer Korrektur bedarf. Ende 1963 veröffentlichte die Akademie der Wissenschaften der UdSSR den ersten Band der „Kratkaja istorija SSR“ (Kurze Geschichte der UdSSR). Im theoretischen Parteiorgan „Kommunist“, Nr. 7/Mai 1964, wurde diese Arbeit von drei Historikern, N. Drushinin, K. Tarnowskij und L. Tscherepnin, besprochen. Sie machen dem Lehrbuch zum Vorwurf, keine klaren Richtlinien fixiert zu haben, aufgrund deren zwischen Patriotismus und Internationalismus eindeutig unterschieden werden könne. Während sie die These des Werkes, daß das Entstehen des russischen zentralistischen Staates als fortschrittliches historisches Ereignis zu werten sei, unterstützen, beschuldigen die Rezensenten die Verfasser des Lehrbuches jedoch, zu wenig hervorgehoben zu haben, daß „der komplizierte Prozeß der staatlichen Vereinigung“ eng mit der Entwicklung des Leibeigenschaftssystems und feudaler Unterdrückung verknüpft war. Ihr Versuch, die bisher geltende chauvinistische These zu korrigieren, kommt in folgender Äußerung zum Ausdruck: „Nicht immer werden die Folgen der Eingliederung der nicht-russischen Völker in den russischen Staat vollständig und umfassend eingeschätzt.“ Sie fechten die These der chau-

vinistischen Historiker an, die auch von der „Kratkaja istorija“ vertreten wird, daß die Aufstände der Tataren reaktionären Charakter getragen hätten: „... man kann nicht akzeptieren, daß die führende Kraft der Volksaufstände im Wolgagebiet nach der Eroberung von Kasan allein die Feudalherren waren.“

Noch stärker kommt der durch die allgemeine Situation im Weltkommunismus erzwungene frische Wind in den Versuchen der Rezensenten zum Ausdruck, neue Relationen zwischen „positiven“ und „negativen“ Folgen der Eingliederung in das zaristische Rußland zu schaffen. Positiv war ihrer Meinung nach der Wirtschaftsauftrieb, negativ dagegen die national-kulturelle Unterdrückung.

Ein sehr interessanter Standpunkt wird im „Kommunist“-Artikel bezüglich der Verantwortung des zaristischen Rußland für die Teilung Polens vertreten. Die Initiative dazu sei vom preußischen Staat ausgegangen, eine Mitverantwortung für diesen Schritt des zaristischen Rußland lasse sich dennoch nicht leugnen. Diese Feststellung gründen die Autoren auf folgende Argumente: Die traditionelle Politik der russischen Zaren beschränkte sich auf die „Wiedervereinigung“ des altrussischen Bodens — der Ukraine und Belorußland — mit dem russischen Staat. Die Vernichtung des polnischen Staatsgefüges entsprach also weder der üblichen russischen Politik noch den nationalen Interessen Rußlands. Mit anderen Worten war demnach die Expansion des Moskauer Fürstentums und später des zaristischen Rußland in Richtung der Ukraine und Belorußland (die Expansion nach Asien, wie auch die Eroberung des Kaukasus werden im „Kommunist“ verschwiegen) traditionell und lag im Interesse des russischen Volkes.

Wie aus einigen Fachzeitschriften hervorgeht, bereitet die Akademie der Wissenschaften der UdSSR den 5. Band der „Frühgeschichte der UdSSR“ vor. Es handelt sich um ein großes Projekt das dem 50jährigen Jubiläum der Oktoberrevolution gewidmet ist. Ein Kapitel dieses Bandes „Die nationalen Befreiungsbewegungen in Rußland in der 2. Hälfte des 19. Jahrhunderts“ ist kürzlich zur Diskussion gestellt worden³³⁾. Bei einer genauen Untersuchung dieses Materials kommt die von der jüngsten Entwicklung hervorgerufene Situation klar zum Ausdruck. Zwar wird weiterhin der Versuch gemacht, die Vereinigung der Völker mit dem zaristischen Rußland als fortschritt-

33) Veröffentlicht in der Zeitschrift Istorija SSR, Nr. 2 u. 3/1964.

32) Kommunist, Nr. 7/1964.

lich hinzustellen, jedoch bemüht man sich dabei um möglichst viel „Objektivität“. Positiv ist die Tatsache zu würdigen, daß wesentlich umfangreicheres Informationsmaterial über die Befreiungsbewegungen gegen das zaristische Rußland als in ähnlichen Publikationen der Stalinzeit vorgelegt wird. Die Autoren haben außerdem darauf verzichtet, hartnäckig den „segsreichen Einfluß“ Moskaus auf alle Völker zu betonen und gehen auch mit der These von der Entwicklung der Produktivkräfte im Schoße des zaristischen Imperiums äußerst vorsichtig um. Andererseits kann jedoch von einer Wendung prinzipieller Natur keine Rede sein. Die Verfasser des erwähnten Bandes folgten den Empfehlungen, den russischen Kolonialismus nicht in allzu rosigem Licht darzustellen, einer grundsätzlichen Analyse der zaristischen Ausbeutung und einer genaueren Darstellung der nationalen Unterdrückung aber tunlichst auszuweichen. Wie schwierig es ist, mit dem eingefleischten Pseudopatriotismus zu brechen, zeigt am besten das Eingehen auf verschiedene Einzelheiten, welche die Ungerechtigkeit gewisser Eingriffe der zaristischen Verwaltung plastisch veranschaulichen, jedoch für eine grundlegende Analyse bestimmter historischer Prozesse völlig bedeutungslos sind. So schildern die sowjetischen Wissenschaftler sehr genau, wie die zaristische Polizei in den neunziger Jahren des vergangenen Jahrhunderts einen Fall konstruierte, wonach in einem udmurtischen Dorf an einem Christen ein Ritualmord verübt worden sein sollte. Die Inszenierung eines Prozesses gegen Unschuldige sollte dazu dienen, außer Repressalien auch den Haß der russischen Bevölkerung gegen die udmurtischen Mitbewohner zu schü-

ren. Verglichen mit der andernorts praktizierten Plünderung und systematischen physischen Ausrottung der Einheimischen ist dieser Fall jedoch noch harmlos. Bei der Darstellung solcher Einzelheiten beweisen die Autoren bemerkenswerte Exaktheit, schrecken jedoch vor minutiöser Schilderung der Gesamtsituation zurück.

Die Tendenzen, unbedeutende Kleinigkeiten weitschweifig auszuführen, kommt in Wirklichkeit einer Verteidigung bestimmter zaristischer Maßnahmen gleich. Bei der Behandlung eines 1892 in Taschkent ausgebrochenen Aufstandes konzentrieren sich die Chronisten z. B. allein auf den unmittelbaren Anlaß der Unruhen, den Ausbruch der Cholera in Taschkent und die zur Verhütung der Seuche von der zaristischen Verwaltung getroffenen strengen Maßnahmen. Sie räumen ein, daß diese mit Hilfe „grobe administrativen Druckes unter vollständiger Verachtung der alten muselmanischen Sitten“ durchgeführt wurden. Also: die Maßnahmen als solche seien jedoch gut gemeint gewesen, und das zaristische Regime hätte nicht die muselmanische Bevölkerung, sondern lediglich die Cholera zu bekämpfen gesucht. Ein solches Verfahren der sowjetischen Historiker ist nicht zufällig, sondern entspricht ihrer völligen Unfähigkeit, auf dem Sektor der Historiographie mit dem Chauvinismus konsequent zu brechen. Die mildernde Wirkung, die vom sowjetisch-chinesischen Konflikt ausgeht, macht sich trotzdem auch hier bemerkbar. Einige Auswüchse der Vergangenheit sind beseitigt worden und auch die jüngsten Bemühungen, sich die Maske der Objektivität vorzuhalten, sind nicht gänzlich bedeutungslos.

Zusammenfassende Bemerkungen

Ein Überblick über die Wandlung des chauvinistischen Kurses in der Etappe nach Stalins Tod bestätigt die eingangs getroffene Feststellung, daß es sich hier nicht um eine organische Entwicklung der Geschichtsschreibung handelt, sondern um einen voluntaristischen Richtungswechsel der Partei. In den letzten elf Jahren lassen sich drei Phasen voneinander abgrenzen. Deren erste stand im Zeichen eines liberalen Kurses. Zahlreiche außerparteiliche Kräfte verlangten nach Stalins Ableben eine Beseitigung der größten Auswüchse, hauptsächlich jener aus der Zeit der Sdanowschtschina. Eine Reihe Theoretiker

und Wissenschaftler distanzierte sich vom chauvinistischen Kurs und wollte direkt an die Traditionen der ersten marxistischen Schule um M. N. Pokrowskij anknüpfen. Wenn sie dieser Schule aus verständlichen Gründen auch kritisch gegenüberstanden, suchten sie sich doch ihres seriösen wissenschaftlichen Instrumentariums zu bedienen und die blindlings „patriotische Einstellung“ weitgehend aus der Historiographie ausschalten. Die zweite Phase brachte eine Offensive der Parteibürokratie in Allianz mit den chauvinistischen Elementen. Es setzte sich erneut die These von der „progressiven Rolle“ der zaristischen Annexionen

durch. Auf den ersten Blick unverständliche Motive veranlaßten diese Parteikreise mit Hilfe unterschiedlicher Maßnahmen, hauptsächlich aber der erwähnten Feierlichkeiten, auf eine Intensivierung des Kultes der „freiwilligen Vereinigungen“ hinzuwirken. Die Gründe dafür sind in den Bemühungen der Sowjetführung zu suchen, die sich infolge der Modernisierung zwangsläufig immer mehr differenzierende Gesellschaft einer strengeren Kontrolle zu unterwerfen. Man muß sich stets vor Augen halten, welche Rolle in solchen Systemen die „kollektiven Mechanismen“, darunter als ausschlaggebender, der Patriotismus, spielen. Die verstärkte Einschaltung des Utopischen, die im neuen Parteiprogramm so auffällig ist (in zwanzig Jahren soll in der Sowjetunion der Kommunismus verwirklicht sein!), hängt eng mit den „kollektiven Mechanismen“ zusammen. Hinzu kommt die traditionelle Einstellung der kommunistischen Parteibürokratie, in der russischen Führungsschicht das zuverlässigste, staatstragende Element zu sehen.

Abschließend ist darauf hinzuweisen, daß angesichts der Weltsituation die chauvinistische Haltung der Parteibürokratie und ihrer Helfershelfer, auch von einem bestimmten innersowje-

tischen Standpunkt gesehen, keine allzu großen Zukunftschancen hat. Die stete Überbetonung der nationalen Besonderheiten, die Verbindung von Patriotismus mit „ruhmreicher Vergangenheit“, ohne Rücksicht darauf, daß dies auf Kosten der anderen Völker geschieht, muß auch in den Augen eines modernen Russen eher als Rudiment einer zu Ende gehenden Epoche erscheinen als eine auf die Zukunft gerichtete Konzeption. Die kommunistische Parteibürokratie, insbesondere ihre modern denkenden Elemente, die auf Grund der wissenschaftlich-technischen und wirtschaftlichen Veränderungen immer mehr Verbündete finden, erkennen in wachsender Schärfe, daß die Wirksamkeit des „Patriotismus“ auf die ideologisch-erzieherische Arbeit beschränkt ist. So ist zu erklären, daß sich unter den Gegnern des chauvinistischen Kurses in der Sowjetunion auch mehrere Vertreter der russischen Intelligenz befinden, die sich zu einem echten Internationalismus bekennen und in „supranationalen“ Kategorien denken. Die Parteibürokratie wendet sich jedoch gegen diese Neigung mit der Behauptung, daß die Sowjetunion das erste Land der Welt sein werde, das mit der Verwirklichung des Kommunismus die höchste Entwicklungsstufe der Menschheit erreicht.

Osteuropäische Geschichtsrevision im Zeichen des Polyzentrismus

Die osteuropäischen Staaten — mit Ausnahme der Sowjetunion — rüsten zu den 20-Jahr-Feiern ihres Bestehens. Hinter der vorrückenden Roten Armee bildeten sich im Herbst 1944 Regierungen, die von Kommunisten geführt oder kontrolliert wurden. Das war so in Lublin, Kaschau und Drebrecen. In Bukarest entledigte sich König Michael des Marschalls Antonescu und trat auf die Gegenseite über. In Sofia brach das Regime mit dem Einmarsch der Sowjetrussen zusammen. Jugoslawien geriet rasch gänzlich in die Hand der Tito-Partisanen. Hier leisteten die Sowjets im wesentlichen nur Hilfestellung in der letzten Phase. Jugoslawien hat daher unter den Staaten, die sich — aus Überzeugung oder Notwendigkeiten Rechnung tragend — um das Moskauer Zentrum scharten, von Anfang an eine Sonderstellung eingenommen. Es hat sich nie mit einer Verherrlichung der sowjetischen „Befreierrolle“, wohl dagegen mit einer legendären Ausschmückung der eigenen Partisanentaten befaßt.

Der sowjetische Eroberer, der Machtpolitik und politisches Sendungsbewußtsein ohne innere Hemmungen miteinander verband, hat den Völkern Ostmitteleuropas nicht nur seine wirtschaftliche und soziale Ordnung aufgezwungen, er hat ihre historischen und kulturellen Vorstellungen umgekehrt, um sie aus dem geistigen Zusammenhang mit Europa zu lösen. Schärfer ausgedrückt kann man sagen: er hat ihnen das nationale Rückgrat gebrochen. Als Mittel dazu diente vornehmlich eine Geschichtsumschreibung, für die sowjetische Historiker die Leitlinien angaben. Das aus dem Marxismus abgeleitete Schema: Urgesellschaft, Sklavengesellschaft, Feudalgesellschaft, kapitalistische Gesellschaft und sozialistische Gesellschaft bot gerade wegen seiner Primitivität der Macht, die nun die Geschicke der Osthälfte unseres Kontinents bestimmte, genügend Interpretationsmöglichkeiten, um sich selber als Spitzenreiter des Fortschritts und die Gefolgschaft der anderen Völker als historisch begründet hinzustellen.

Sowjetkommunistische Interpretation der osteuropäischen Geschichte

Wer wissen will, wie sich der Vorgang im einzelnen abgespielt hat, kann das heute in dem deutschen Dokumentarband „Polen und Deutschland“ nachlesen, der von dem polnischen Historikerkongreß 1950 in Breslau handelt¹⁾. Damals sind die Grundlagen für die Geschichtskonzeption in Polen geschaffen worden, die ein Jahrzehnt später bei den Tausendjahrfeiern des Staates offizielle Geltung erhalten sollten. In der Einleitung des Dokumentarbandes schildert der Herausgeber

Herbert Ludat, daß die polnische Entwicklung, wie die Geschichte aller Völker im Sowjetbereich, als ein sozial-ökonomischer Prozeß aufgefaßt wird, „in dem das Aufsteigen der siegreichen Klasse der kommenden Epoche das Gepräge gibt durch die sich vollziehenden Veränderungen der Produktionsverhältnisse“. Die polnische Geschichtsschreibung, für die jahrhundertlang Auseinandersetzungen mit Moskau eine zentrale Bedeutung besaßen, erlebte unter dem neuen Blickwinkel erstaunliche Wandlungen. Ludat schreibt: „Der Klassenkampf vertritt die Rolle des Motors: er ist nach einem Worte Lenins der wirkliche Antrieb der Geschichte. Das polnische und das russische Volk treten ganz unabhängig voneinander aus dem Dunkel einer vieltausendjährigen slawischen Vergangenheit seit dem

1) Polen und Deutschland. Wissenschaftliche Konferenz polnischer Historiker über die polnisch-deutschen Beziehungen in der Vergangenheit. Einführung von Herbert Ludat, Reihe 1, Heft 1 der Quellenhefte zur Geschichtswissenschaft in Osteuropa nach dem Zweiten Weltkrieg, Köln-Graz 1963.

6. und 7. Jahrhundert sofort in vorfeudalen Formen ins Leben. Die Stufe des polnischen Feudalismus reicht bis zum Jahre 1864 und fällt damit fast auf das Jahr genau mit dem Abschluß der russischen Feudalperiode zusammen. Von diesem Zeitpunkt an datiert die bürgerlich-kapitalistische Stufe, die in Rußland bekanntlich mit der Oktoberrevolution endet, in Polen jedoch, durch das Eingreifen der kapitalistischen Mächte verzögert, erst mit dem Aufhören der deutschen Okkupation und der Befreiung durch die Rote Armee. Als Grenze zwischen den Zeiten, als Meilenstein auf dem Weg des polnischen Volkes in die letzte höchste Stufe der Menschheit hat man, auch das ist natürlich höchst bezeichnend, den Gründungstag des sogenannten Polnischen Komitees der Nationalen Befreiung, den 22. Juli 1944, gewählt, womit das Verdienst dieser fortschrittlichen Kräfte im Ringen um die Freiheit des Sozialismus seine geschichtliche Anerkennung erhalten soll. Das ist der Rahmen, innerhalb dessen nun die polnischen Historiker den Stoff der polnischen Geschichte neu zu ordnen und zu interpretieren haben." 2)

Polen ist hier nur ein Beispiel. Die gewalttätigen Umdeutungen des Geschichtsverlaufs haben ebenso Tschechen, Ungarn und Rumänen betroffen, von den baltischen Völkern, die wieder dem Sowjetstaat einverleibt wurden, nicht erst zu reden. Das neue Geschichtsbild lieferte das geistige Fundament für die Umgestaltung der inneren Verhältnisse nach sowjetischem Vorbild; es trug dazu bei, ein

Gefühl der Minderwertigkeit gegenüber dem „großen Bruder“ zu erzeugen, der in der Stalinzeit mit der Ausbeutung des Satellitenraumes nicht zimperlich war und dazu infolge seiner immer wieder bewunderten „Überlegenheit“ und „Fortschrittlichkeit“ gewissermaßen ein moralisches Recht besaß. Das neue Geschichtsbild band die betroffenen Völker fest an das sowjetische Imperium, die neue „Lichtquelle der Menschheit“.

Die Ernüchterung, die mit der Entstalinisierung über die kommunistische Welt gekommen ist, hat auch vor der Geschichtsumschreibung nicht halt gemacht. Allerdings ist dabei zu berücksichtigen, daß dieser Prozeß jetzt im Dienste der neuen Machthaber steht. Anders ausgedrückt: durch die Berichtigung früherer Fälschungen und Retuschen zugunsten der Personen, die heute auf der Bühne stehen, wird Geschichtsschreibung als Ganzes noch nicht wahrer und ehrlicher. So wird zum Beispiel in den Neufassungen der offiziellen sowjetischen Parteigeschichte ständig mehr die Autorität Lenins auf Kosten Stalins hervorgehoben, Stalin mit allen Fehlern der Vergangenheit persönlich belastet, während die Partei niemals von der richtigen Linie abgewichen sei 3). Nicht ohne komische Züge ist das krampfhaft Bemühen, die militärischen Verdienste Chruschtschows zu erhöhen, hingegen die Marschall Shukows zu verkleinern. Beispiele für diese Art von „Parteilichkeit“ bei der Umschreibung der Geschichte ließen sich nicht nur aus dem Bereich der Sowjetunion beibringen.

Entstalinisierung der Geschichtsschreibung

Im Zusammenhang mit den Zwanzig-Jahr-Feiern ist wichtig, daß die Entstalinisierung auch der nationalen Geschichte der ostmitteleuropäischen Völker zugute kommt, wenigstens innerhalb bestimmter Grenzen. In der Tschechoslowakei sind Bestrebungen im Gange, den Gründungstag der ersten tschechoslowakischen Republik im Jahre 1918, der als „bourgeoise“ Angelegenheit mit Nichtachtung gestraft wurde, wieder amtlich zum Feiertag zu erklären. Nach der bisher offiziellen Lesart

verdankt die Republik ihre staatliche Entstehung nur der russischen Oktoberrevolution. Das Prager Parteiorgan „Rudé Právo“ suchte einen Ausweg dadurch zu finden, daß es entdeckte, der am 28. Oktober von Masaryk begründete Staat sei schon am 14. Oktober durch einen Generalstreik von „linken Funktionären der Arbeiterbewegung“ entstanden 4). Auch Benesch wird nicht mehr so total negativ be-

2) Ebenda, S. 12 f

3) Erwin Oberländer, Zur Parteigeschichtsschreibung nach Stalin, in: Ostprobleme 1963, S. 753 ff.

4) Rudé Právo, 14. Oktober 1963.

urteilt wie seit 1948. Die Tschechen und Slowaken, die im Zeiten Weltkrieg in den Reihen „imperialistischer“ Armeen im Westen gekämpft haben, werden allmählich in der Literatur besser behandelt; es wird anerkannt, daß ihr Kampf der Niederschlagung des Faschismus gegolten hat. Was die tschechische Widerstandsbewegung anbetrifft, so wird die Konstruktion einer Identität von Widerstand und Kommunismus nicht mehr aufrechterhalten. Auf einer Tagung des Instituts für Parteigeschichte in Prag im Juni 1963 sagte der Parteideologe Gustav Bareš, man müsse die bisherigen Scheuklappen fortwerfen und erkennen, daß neben den Widerstandsgruppen der Partei auch Benesch-Anhänger und rechtsstehende Gruppen in der nationalen Befreiungsbewegung tätig waren und diese nicht auf die kommunistische Bewegung reduziert werden dürfe⁵⁾.

Diese Erklärung wurde abgegeben, nachdem auf einer Mailänder Konferenz von Historikern der Widerstandsbewegung (März 1961) den Tschechen vorgehalten worden war, die bewegende Kraft ihres Widerstandes sei gar nicht die Arbeiterschaft, sondern die Intelligenz gewesen⁶⁾. Seitdem sind Historiker in Prag eifrig am Werk, um diese Behauptung wenigstens abzuschwächen.

Auch aus anderen Ländern ließe sich berichten, daß der Beitrag der Nichtkommunisten am Kampf um die nationale Befreiung um einiges gerechter gewürdigt wird, doch wird man einschränkend sagen müssen, daß die Entstalinisierung auf dem Gebiet der Geschichtswissenschaft im allgemeinen nicht tief greift, weil überall das Schema der Betrachtung und Bewertung aller früheren Epochen nach Klassenkämpfen und Produktionsverhältnissen erhalten geblieben ist. Aus dieser geistigen Gefangenschaft hat es keine Befreiung

gegeben. Es ist tragisch, mitunter zu beobachten, wie in exakt wissenschaftlichen und ein gutes Niveau haltenden Einzeluntersuchungen der geradezu verzweifelte Versuch unternommen wird, die Tradition der objektiven Prüfung und Sichtung der Tatbestände peinlich zu wahren, ohne der offiziellen Geschichtskonzeption direkt entgegenzutreten.

Eine wohl einzig dastehende Art der Geschichtsrevision hat 1963 in Preßburg Aufsehen erregt. Der slowakische Schriftsteller Ladislav Mňačko, ein überzeugter Kommunist, war in den ersten Nachkriegsjahren Gerichtsberichterstatler. Als solcher nahm er auch an politischen Prozessen teil. In den letzten Jahren ist Mňačko einer der Vorkämpfer innerhalb des Slowakischen Schriftstellerverbandes für Rehabilitierungen und größere kulturelle Freiheiten gewesen. Er kam auf die Idee, einen Teil seiner Prozeßberichte in der Stalin-Ära über angebliche Volks- und Parteifeinde umzuschreiben, wahrheitsgemäß lügnerrische Anschuldigungen und erpreßte „Geständnisse“ zu schildern, über die man heute Bescheid weiß.

Daraus wurde ein kleines Buch mit dem Titel „Verspätete Reportagen“, das in Preßburg, trotz verhältnismäßig hoher Auflage, im Umsehen ausverkauft war. In der Mňačko-Schrift, die vorsichtshalber — so muß man wohl annehmen — nur die Schicksale kleiner Parteifunktionäre behandelt, steht der Satz: „Die Menschen schweigen heute nicht mehr wie einst. Heute weiß ein Freund den [anderen] Freund in Schutz zu nehmen. Die Menschen sind von verschiedenen Illusionen ernüchtert und sich dessen bewußt, daß man sich gegen Unrecht wehren müsse, sonst trifft es mit der Zeit einen jeden.“⁷⁾ Diese Feststellung ist als Selbstbekenntnis eines alten Parteimitgliedes besonders bemerkenswert. Mňačko wird allerdings wohl ein Einzelfall bleiben, auch wenn weitere Rehabilitierungen der Opfer der Schauprozesse verkündet werden.

Aufwertung der nationalen kommunistischen Parteien

Eine politisch wirklich wichtige Geschichtsrevision vollzieht sich in einem anderen Rahmen, nämlich in dem der Parteigeschichts-

schreibung. Dabei sind nicht rechtliche, humanitäre oder moralische Erwägungen maßgebend, sondern die Absicht, den Rang der kommunistischen Parteien Ostmitteleuropas gegenüber der sowjetischen Partei aufzubeh-

5) Slezský sborník, Troppau 1963, Heft 3, zitiert nach Wissenschaftlicher Dienst für Ostmitteleuropa, 1963, S. 418.

6) Erklärung des amerikanischen Professors Knorr

7) Zitat nach Die Presse, Wien 8. Januar 1964.

sern. In diesem Falle wird sogar eine Kritik an Anschauungen gewagt, die von Moskau vertreten worden sind. An drei Beispielen soll diese noch nicht lange zu beobachtende Tendenz erläutert werden: an der Neueinschätzung des Slowakischen Aufstandes von 1944, der Rolle der rumänischen Kommunistischen Partei im Jahre 1944 und der ungarischen Parteikritik an dem Film „Besitzergreifung“, der das Ende der Horthy-Ära behandelt.

Es mag auffallen, daß es in diesem Rahmen keine besondere polnische Problematik gibt, aber die polnische Widerstandsbewegung hatte eine Aufwertung durch Legendenbildung nicht nötig. Ihre Taten waren zu bekannt, als daß sie auch von den Sowjets hätten übersehen werden können. Der Streit ging hier nur darum, wem mehr Verdienst zuzumessen war, den kommunistischen oder nationalen Widerstandsruppen.

Die Warschauer Parteigeschichtsschreibung verfolgt bis heute die Tendenz, die Rolle des kommunistischen Flügels auf Kosten des nationalen zu vergrößern und hervorzuheben, daß die Kommunisten allein die „richtige“ Politik getrieben hätten. Aber das ist eine innerpolnische Angelegenheit, die das Verhältnis zwischen Polen und der Sowjetunion

Der slowakische Aufstand von 1944

Die wichtigste Revision der Geschichte berührt das Verhältnis zwischen Tschechen und Slowaken. Den Ausgangspunkt bildete dabei eine lange und leidenschaftliche Diskussion über den slowakischen Aufstand von 1944. Schon das 15. Jubiläum dieses Aufstandes war 1959 auffällig begangen worden. Von Entstalinisierung konnte zwar damals in der Tschechoslowakei kaum die Rede sein, aber es schien ungefährlich, den Slowaken durch die Geburt des Mythos eines „Nationalaufstandes“ einen Gefallen zu tun und dazu Sowjetgeneräle, die an den Kämpfen beteiligt gewesen waren, einzuladen. Im August 1944 hatten sich Tausende von Slowaken in der Mittelslowakei, wo fast keine deutschen Truppen standen, den dort schon lange operierenden sowjetischen Partisanen angeschlossen. Darunter haben sich überzeugte Kom-

nisten berührt. In den heiklen Punkten: Okkupierung Ostpolens durch Stalin auf Grund des Paktes mit Hitler, Passivität der Rokossowski-Armee an der Weichsel während des Warschauer Aufstandes und Katyń-Morde, vertritt das Regime weiterhin die sowjetische Lesart. Der polnischen Partei war es genug, als anläßlich des XX. Parteitages in Moskau der Beschluß über die Auflösung der alten polnischen KP durch die Komintern verurteilt und damit der Partei ermöglicht wurde, sich zu ihrer eigenen Vergangenheit zu bekennen. Die „Gleichberechtigung“ der Parteien hat Gomułka seit 1956 stets verlangt und auf seine Weise praktiziert.

Auch in der Tschechoslowakei ist in der Einstellung zur Sowjetunion in der Nach-Stalinzeit im Grunde keine Änderung eingetreten, es sei denn, man sieht in der bei einem Kolloquium von Historikern in Prag 1963 erhobenen Forderung an Moskau, endlich die Archive über die Zeit des Münchener Abkommens zu öffnen, ein Zeichen für einen Klimawechsel⁸⁾. Die Feststellung, nichts aus der sowjetischen Presse von 1938 lasse darauf schließen, daß der Kreml bereit gewesen sei, einen Krieg zu riskieren, um die Tschechoslowakei zu retten, traf allerdings ein Franzose.

munisten, aber auch, wie Ladislav Hory ausführt, der als Verbindungsoffizier zwischen ungarischen und deutschen Stellen einen guten Überblick besaß, enttäuschte und erschrockene Nationalisten befanden, „welche die späteren politischen Entwicklungen fürchteten oder sich während der deutschen Besetzung und im ungarischen Landesteil durch Kollaboration kompromittiert hatten“⁹⁾. Auch gute Patrioten und Idealisten gehörten zu den Partisanen, die für die Sache der unabhängigen Tschechoslowakei ihr Leben einzusetzen bereit waren. Ein „Slowakischer Nationalrat“ übernahm die politische Führung. Die regulären slowakischen Truppen in Neusohl

8) Hansjakob Stehle Ostliche Historiker werfen Stalins Schatten ab, in: FAZ, 14. September 1963.

9) Der slowakische Partisanenkampf, in: Osteuropa, 1959, S. 779 ff.

entschlossen sich erst dann, zu den Aufständischen überzugehen, als ihnen durch Rundfunk übermittelt wurde, die Deutschen hätten den Staatspräsidenten Tiso gefangen-gesetzt¹⁰⁾. Geflohene Gefangene, Fremdarbeiter und deutsche Deserteure vermehrten die bunten Reihen der Rebellen. Anfänglich erfolgreich, wurde im September und Oktober die Erhebung von deutschen Truppen niedergeschlagen; die Führung floh in die Tatra. Im November waren dann aber die deutschen Rückzugsbewegungen so weit gediehen, daß auch die Slowakei aufgegeben werden mußte. Die Rote Armee drang ein, in Kaschau bildete Benesch die erste Nachkriegsregierung.

Die Prager Geschichtsschreibung hat später dafür gesorgt, die Bestrebungen des „Nationalrats“ als bürgerlich-nationalistisch und separatistisch hinzustellen. Slowakische Kommunisten hatten — woran nicht gern erinnert wird — in Moskau den Anschluß des Landes an die Sowjetunion angeboten. Angesichts der neuen Entstalinisierungswelle, die 1963 besonders kräftig die Slowakei erfaßte, änderte sich die Einstellung zum Aufstand von 1944. Historiker bekannten jetzt, daß sie von Parteiseite falsch unterrichtet worden seien¹¹⁾. Die Slowakei, die verdächtig war, sich als übrigens von Moskau zunächst mit Sympathie betrachteter Satellit Hitlers wohlgeföhlt zu haben, hatte sich mit dem Aufstand rein gewaschen, hatte an Widerstandsgeist die tschechischen Länder überflügelt. 1963 ist der Aufstand in großer Form gefeiert worden. Der ZK-Sekretär der slowakischen KP Dubček pries ihn als „größte nationale und soziale Erhebung in der ganzen Geschichte des slowakischen Volkes“. Als Inspirator und leitende Kraft bezeichnete er die kommunistische Partei¹²⁾. Damit war der Anschluß an die Bedürf-

nisse der aktuellen Politik gefunden. Das dies-jährige 20. Jubiläum wird noch großartiger gefeiert werden. In der Kremnitzer Münze wurde eine Gedenkmünze zu zehn Kronen geprägt¹³⁾.

Den offiziellen Abschluß der Geschichtsrevision über den Aufstand bildeten „Thesen“ der Zentralkomitees der KP der Tschechoslowakei und der slowakischen KP, die im Prager „Rudé Právo“ und der Preßburger „Pravda“ im April 1964 veröffentlicht worden sind. Darin wurde u. a. festgestellt, daß der „Tschechoslowakismus“ der ersten Republik die unabhängige Existenz des slowakischen Volkes negiert habe. Der slowakische Separatismus, der zum Hitlerschen Protektorat führte, wurde gleichfalls verdammt. Für die Lösung der slowakischen Frage habe nur die KP der Tschechoslowakei die richtige Einstellung besessen. Die führende Kraft bei dem slowakischen „Volksaufstand“ seien die Kommunisten gewesen. Der Aufstand sei als ein „Meilenstein“ auf dem Wege zur politischen Reife der slowakischen Arbeiterklasse zu betrachten. Die dabei gewonnenen Erfahrungen seien von fundamentaler Bedeutung für die fortschrittliche Entwicklung der Nachkriegs-Tschechoslowakei gewesen. Betont wurde ferner der „internationale“ Charakter des Aufstandes, an dem allein „Tausende sowjetischer Partisanen“ teilgenommen hätten und der seinen Platz „neben den wichtigsten Ereignissen in dem Anti-Hitler-Widerstand während des Zweiten Weltkrieges“ behaupte. Mit diesem Aufstand habe die nationale und demokratische Revolution in der Tschechoslowakei begonnen. In der Zeit des Personenkultes seien einige Vorgänge während des Aufstandes in einem falschen Lichte gezeigt worden¹⁴⁾.

Neue Konzeption der rumänischen Nachkriegsgeschichte

Dient die slowakische Geschichtsumschreibung der Erhöhung des umstrittenen Ranges der

10) Helmut Klocke, Nationalbewußtsein in Osteuropa (II), Tschechoslowakei, in: Osteuropa, 1956, S. 375 ff.

11) Prof. Miloš Gosiorovský vor der Slowakischen Historischen Gesellschaft am 10. Juni 1963, siehe: Wissenschaftlicher Dienst für Ostmitteleuropa, 1963, S. 296 f.

12) Četeka, 30. August 1963.

eigenen Widerstandsbewegung, so ist rumänische ausschließlich als Auftrumpfen gegenüber der Großmacht des Ostblocks zu verstehen. Den Auftakt für die Bildung der neuen Konzeption bildete ein rein wissenschaftlicher, unscheinbarer Vorgang, nämlich eine Buchre-

13) Radio Prag, 9. Juni 1964.

14) Rudé Právo, 26. April 1964

zension. In Moskau war 1961 von dem Historiker B. W. Uschakow eine Arbeit „Die Außenpolitik Hitler-Deutschlands“ erschienen. Reichlich spät, in ihrem Dezemberheft 1962, beschäftigte sich die Bukarester Zeitschrift „Analele“, Organ des rumänischen „Instituts für die Geschichte der Partei“, mit dieser sowjetischen Publikation. Die von A. Niri verfaßte Kritik erregte bei östlichen und westlichen Lesern in gleicher Weise Erstaunen. Uschakow wurde vorgeworfen, bei der Schilderung der Ereignisse in Rumänien im August 1944 „fundamentale Fehler“ begangen zu haben. So habe er nicht einmal das Datum des 23. August erwähnt, an dem doch der von der rumänischen KP „vorbereitete und geführte Aufstand“ begonnen habe, „welcher das faschistische Antonescu-Regime stürzte und die Umkehr der Waffen gegen Deutschland... bewirkte“. Mit seiner Nichtbeachtung eines so wichtigen historischen Ereignisses habe Uschakow faktisch für die [„gesäuberte“] „Pauker-Luca-Gruppe“ Partei ergriffen. Sein Buch enthalte noch „andere Unklarheiten und Fehler“. So gebe er fälschlich an, daß Marschall Antonescu „von einer neuen Regierung“ in Haft genommen worden sei. An anderer Stelle wiederum sei die Behauptung zu finden, daß die Verhaftung Antonescus von der „Kommandantur der sowjetischen Truppen“ vorgenommen wurde. „In Wirklichkeit“ sei in Rumänien ein bewaffneter antifaschistischer Aufstand nach einem von der rumänischen KP ausgearbeiteten Plan am Nachmittag des 23. August mit der Verhaftung Antonescus und einiger seiner Minister eingeleitet worden. Antonescu und die übrigen Verhafteten seien in ein „konspiratives Haus“ der rumänischen KP in Bukarest gebracht worden, wo man sie bis Anfang September festgehalten und dann den einmarschierenden Sowjets übergeben habe. Ferner bestreitet der rumänische Kritiker, daß die deutsche Militärmission in Bukarest durch „eine neue Regierung“ interniert worden sei. Das sei ebenso unrichtig wie die Behauptung, daß Rumänien erst nach dem 12. September 1944 (Unterzeichnung des Waffenstillstandes in Moskau) am Krieg gegen Deutschland teilgenommen habe. Tatsächlich habe es sich nicht nur um die Gefangennahme einer „Militärmission“ gehandelt, sondern es hätten mit den in Ru-

mänien stehenden deutschen Truppen „harte Kämpfe“ stattgefunden, an denen „patriotische Formationen“ neben der rumänischen Armee maßgeblich beteiligt gewesen seien. Diese ungewöhnliche rumänisch-sowjetische Polemik war nur ein Anzeichen dafür, daß sich in dem Verhältnis der beiden Länder etwas geändert hatte und ein „Sonderkurs“ Rumäniens im Ostblock begann, der die internationale Öffentlichkeit noch viel beschäftigen sollte.

Die Version von „Analele“ haben Presse und Rundfunk in Rumänien übernommen. Mit der Rede des Politbüromitgliedes und ZK-Sekretärs Nicolae Ceauşescu auf der Feier des Befreiungstages im August 1963 in Bukarest erhielt die neue Geschichtsthese ihre offizielle Weihe. Ceauşescu sagte wörtlich: „Unsere heroische Partei, die unermüdlich für die Schaffung der Aktionseinheit der Arbeiterklasse und den Zusammenschluß der Kampffront aller antifaschistischen patriotischen Kräfte wirkte, war der Initiator, Organisator und Führer des bewaffneten Aufstandes vom 23. August 1944, der den Sturz der militärfaschistischen Diktatur, den Austritt Rumäniens aus dem an der Seite Hitlerdeutschlands geführten Krieg und den Übergang unseres Landes auf die Seite der Antihitlerkoalition zur Folge hatte. Die gesamte rumänische Armee kehrte die Waffen gegen den wahren Feind und kämpfte tapfer Schulter an Schulter mit der ruhmreichen Sowjetarmee im Krieg für die Befreiung des nationalen Territoriums des Vaterlandes von den faschistischen Eindringlingen, für die endgültige Vernichtung Hitlerdeutschlands. Das rumänische Volk stellte all seine Kräfte und Ressourcen in den Dienst dieser gerechten Sache und leistete dem Aufruf der Partei ‚Alles für die Front, alles für den Sieg!‘ begeistert Folge. Der gemeinsam bis zum Endsieg geführte Kampf der rumänischen und sowjetischen Soldaten gegen den Faschismus festigte die brüderliche Freundschaft des rumänischen und des sowjetischen Volkes.“¹⁵⁾

Durch die Akzente, die Ceauşescu verteilt, rückt die „Selbstbefreiung“ des Landes durch die einheimischen Kommunisten in den Vordergrund, die Rolle der Sowjets wird zweit-

15) Agerpress, Informationsbulletin, Bukarest, 14. Jg., Nr. 16, 31. August 1963.

rangig. Der Sturz Antonescus und der Frontwechsel Rumäniens werden in einer Form dargestellt, daß von König Michael, zusammen mit seinen militärischen Ratgebern die Hauptfigur des Umsturzes, dem Stalin darum den sowjetischen Siegesorden verlieh, überhaupt nicht mehr die Rede ist. Das entscheidende Verdienst gebührt der damals noch nicht tausend Mitglieder zählenden rumänischen KP, von deren bewaffneter Erhebung man bisher nichts gewußt hatte. Früher war in Bukarest immer die „Befreiung“ Rumäniens durch die Sowjetarmee gefeiert worden. Auch alle Lese- und Geschichtsbücher sind auf diesen Ton gestimmt. Als Beispiel für die übliche Sprechweise sei die in Bukarest erscheinende Zeitung „Neuer Weg“ zitiert. Dieses deutschsprachige Blatt schrieb am 7. Oktober 1953 zum „Monat der rumänisch-sowjetischen Freundschaft“: „In diesem Monat bringt das rumänische Volk seine grenzenlose Dankbarkeit und seine heiße Liebe zur Befreierin unseres Vaterlandes und besten Freundin, der großen Sowjetunion, mit noch größerer Kraft zum Ausdruck ... Unser Volk, das sich unter der Führung der Rumänischen Arbeiterpartei eine lichtvolle Zukunft aufbaut, ist mit vollem Recht auf die großen Erfolge stolz, die es in den Jahren der Volksmacht beim Aufbau des Sozialismus errungen hat. Es weiß, daß all dies ausschließlich der selbstlosen Hilfe der Sowjetunion zu verdanken war.“

Um diese noch den Tod Stalins überdauernde Servilität zu verstehen, muß man sich vor Augen halten, daß die rumänische Partei, bis 1944 nichts als eine kleine Verschwörerclique, über Nacht durch die sowjetischen Bajonette in einem Lande zur Regierung gekommen war, das genau so eine antirussische Tradition besaß wie Polen. Das Bewußtsein, der Verwurzelung im Volke zu entbehren, hat die rumänische Parteiführung auch dann nicht verlassen, als die Mitgliederzahlen unheimlich anschwellen. Die Partei ist soweit gegangen, sogar die Sprache zu verändern, indem sie ausgemerzte Slawismen der Volkssprache wieder in das Schriftrumänische einführte. Mehr konnte zur Abschwächung des romanisch-westlichen Nationalbewußtseins schon nicht mehr getan werden. Dadurch vergrößerte sich aber für die Partei die Gefahr, daß ihr Regime von der Intelligenz und auch von dem

auf alles Russische empfindlich reagierendem Volk als Fremdherrschaft, als moskowitzisches Statthaltertum empfunden wurde.

Nachdem die Stalinisten in Rumänien das Ruder in der Hand behalten haben, aber doch in dem Gebrauch von Methoden der vergangenen Ära Vorsicht walten lassen, hatten sie eine neue inhaltliche Begründung für ihr System dringend nötig. Da bot sich der Nationalkommunismus als die gegebene Lösung an, freilich kein programmatischer, aber ein praktischer Nationalkommunismus. Die Partei war sicher, daß jede Standhaftigkeit gegenüber Moskau in der Bevölkerung Resonanz finden würde. Eine volle Bestätigung lieferte dafür die Versammlungswelle, die von der Partei im Mai 1964 veranstaltet wurde. Zur Debatte stand der lange Beschluß des Bukarester ZK zum Ideologiekonflikt¹⁶⁾.

Nach den in den Westen gelangten Berichten¹⁷⁾ scheint die Zuhörer weniger die prinzipielle Stellungnahme als die nunmehr parteiamtlich zugegebene „Einmischung“ der Sowjets in innere Angelegenheiten Rumäniens in der Stalinzeit, die Ablehnung des „Vater-und-Sohn“-Verhältnisses zwischen den Parteien und andere indirekte Kritik an der sowjetischen Politik interessiert zu haben.

Freilich ist dieses Auftreten nicht mehr mit der geltenden rumänischen Verfassung zu vereinbaren, die noch vom September 1952 stammt. Die Präambel dieser Verfassung spricht zwar von „Unabhängigkeit“ und „Souveränität“, jedoch in dem Sinne, daß diese nationalen Werte durch die „Freundschaft und Allianz mit der großen Sowjetunion“ und ihre „selbstlose Unterstützung“ gewährleistet werden. Die Entstehung der rumänischen Volksrepublik wird „als Folge des historischen Sieges der Sowjetunion über den deutschen Faschismus und der Befreiung Rumäniens durch die glorreiche Sowjetarmee“ erklärt. Diese Ereignisse haben — in der Darstellung des Verfassungsdokumentes — der rumänischen Arbeiterklasse die Möglichkeit

16) „Erklärung über die Einstellung der Rumänischen Arbeiterpartei zu Problemen der internationalen kommunistischen Arbeiterbewegung“, Agerpress, 27. April 1964.

17) Die Presse Wien, 22. Mai 1964, und Neue Zürcher Zeitung, 24. Mai 1964.

gegeben, „ihren jahrhundertelangen Kampf für nationale Freiheit und Unabhängigkeit“ sowie „ihren heroischen Kampf gegen das kapitalistisch-feudalistische Regime und das imperialistische Joch“ mit einem „heroischen Sieg zu krönen“. Aus der Verfassung geht also hervor, daß Rumänien seine Freiheit und seinen Sozialismus der Sowjetunion verdankt. Wer zum Befreier, Garant der eigenen Existenz und Wohltäter erhoben wird, mit dem kann natürlicherweise nicht auf dem Fuß der Gleichberechtigung verkehrt werden. Seit langem schon werden Vorbereitungen für eine neue Verfassung Rumäniens getroffen. Man darf sicher sein, daß in ihr die Formulierungen, die in so krasssem Widerspruch mit der heutigen Geschichtsauffassung der rumänischen Partei stehen, nicht wiederkehren werden.

Die historische Korrektur konnte Bukarest vornehmen, ohne einen Einspruch von sowjetischer Seite zu befürchten. Im Gegenteil. Zwar nicht gerade von dem bekanntesten sowjetischen Historiker und nicht gerade an der

sichtbarsten Stelle ist sogar positiv auf die rumänische Kritik an dem Uschakow-Buch reagiert worden. E. D. Karpeschtschenko hat in der Zeitschrift „Nowaja i Nowejschaja Istorija“¹⁸⁾ die rumänische These über den 23. August im wesentlichen anerkannt, allerdings Wert darauf gelegt, die Wichtigkeit der wirtschaftlichen Koordination im Ostblock zu unterstreichen, das heißt, von den Rumänen für das historische Zugeständnis ein Zugeständnis bei ihrer Sonderpolitik im COMECON zu erwarten. Die Sowjets sind sich offenbar darüber klar, daß jeder sachlich noch so begründete Einwand gegen die rumänische Erklärung der Rolle der eigenen Kommunisten im Zusammenbruch sie in eine ideologisch unhaltbare Position hineinmanövrieren würde. Alle rumänischen Erklärungen zur Auseinandersetzung Moskau-Peking betonen mit besonderer Schärfe die Prinzipien der Gleichberechtigung und Souveränität. Der Kreml wird es strikt vermeiden, den Eindruck zu erwecken, als ob er deswegen Vorbehalte habe.

Abkehr von der sprachlichen Slawisierung Rumäniens

Die rumänische Geschichtsrevision wird von einer Beseitigung der Vorrangstellung der russischen Sprache unter den Fremdsprachen in Rumänien begleitet. Mitte September 1963 hat der Ministerrat in Bukarest den Beschluß gefaßt, das Pädagogische Institut Maxim Gorki dem Fremdsprachen-Institut der Bukarester Universität anzugliedern. Eine unscheinbar aussehende Maßnahme, die praktisch jedoch höchst bedeutsam ist. Das bisher selbständige, von den Sowjets geförderte Maxim-Gorki-Institut besaß eine Monopolstellung für russische Sprache und Literatur in Rumänien, wobei die ideologische Note nicht vergessen wurde. Jetzt ging dieses Institut in die slawische Fakultät eines neugeschaffenen Fremdsprachen- und Literatur-Instituts an der Universität auf. Eine Vereinheitlichung der Fremdsprachenlehrpläne im ganzen Lande ist geplant¹⁹⁾. Im Zusammenhang damit ist die Abkehr von der sprachlichen Slawisierung in

der ersten Nachkriegsepoche von Interesse. Am 13. Januar 1964 brachte die Agentur Agerpress eine Meldung, der Meridian-Verlag habe kürzlich von Professor Alexander Graur einen Überblick über die Entwicklung der rumänischen Sprache herausgebracht, der vor allem für Ausländer gedacht sei. Der Autor erinnere daran, daß die rumänische Sprache aus dem Lateinischen hervorgegangen sei. Umgeben von nichtrumänischen Sprachen, sei das Rumänische im Laufe der Jahrhunderte wohl vom Slawischen stark beeinflusst worden, es habe aber trotzdem den romanischen Grundcharakter behalten. Graur betont auch, daß im 19. Jahrhundert eine neue Welle der Beeinflussung von der lateinischen Sprache und den westlichen romanischen Sprachen ausgegangen ist. Viele internationale Wörter lateinischen und griechischen Ursprungs seien in die rumänische Sprache übergegangen. Wahrscheinlich bedeutet die auffällige An-

19) Hinter dem Eisernen Vorhang, 1963, Heft 10, S. 37, und 1964, Heft 2, S. 35.

18) Nr. 2, 1963; siehe: Hinter dem Eisernen Vorhang, 1963, Heft 10, S. 12, und Wissenschaftlicher Dienst Südosteuropa, 1963, S. 61 f.

zeige eines wissenschaftlichen Werkes, das inhaltlich nichts Neues bietet und anscheinend auch völlig unpolitisch ist, daß die ganzen Bestrebungen zur Wiederherholung slawischer Wortformen, die im Hochrumänischen schon außer Gebrauch gekommen waren, rückgängig gemacht werden sollen. Hinzuzufügen ist, daß neben dieser Besinnung auf die lateinische Herkunft der obligatorische Russisch-Unterricht in sämtlichen Schulen Rumä-

niens abgeschafft worden ist. Russische Buchläden sind aus dem Bukarester Straßenbild verschwunden. Bei einer „Entpolitisierung“ der Kinos wurde eine Änderung der Namen vorgenommen, die sich auf kommunistisch-historische Daten oder Persönlichkeiten vornehmlich sowjetischer Herkunft bezogen. Die Kinos heißen jetzt „Modern“, „Festival“ oder tragen einen anderen wertbeständigen neutralen Namen.

Die Rolle der ungarischen Kommunisten

Noch weniger als den rumänischen Kommunisten gelingt es den ungarischen, ein eigenes Verdienst bei dem Sturz des mit Hitler verbündeten Regimes und der Vertreibung der deutschen Truppen auszurechnen. Trotzdem ist auch dieser Versuch gemacht worden. Im Herbst 1963 wurde im ungarischen Fernsehen ein Film „Besitzergreifung“ ausgestrahlt, der nach einem bekannten Roman gedreht worden ist. Der Verfasser Bela Illes war ein so guter Kommunist, daß er bei Kriegsende in sowjetischer Oberstenuniform in die Heimat zurückkehrte. Jetzt war jedoch sein Roman nicht mehr angebracht, denn er hatte wohl die Waffenstillstandserklärung Horthys und die Rolle des Generalobersten Miklos Dalnoki geschildert, der sich auf die sowjetische Seite stellte und eine provisorische ungarische Regierung bildete, aber über die ungarischen Kommunisten hatte er kaum etwas auszusagen gewußt. Chefideologe und Politbüromitglied Gyula Kállai nahm mit seiner Kritik des Films in dem Parteiorgan „Népszabadság“ die nunmehr nötigen Geschichtskorrekturen vor. Der Film, so heißt es in dem Artikel, löse bei Personen, denen die damaligen historischen Ereignisse nicht genügend bekannt sind, falsche Vorstellungen über das „Absprungmanöver Horthys (gemeint ist seine Waffenstillstandserklärung vom 15. Oktober 1944) und die Rolle Dalnokis aus. Sogar die Presse habe sich davon beeinflussen lassen. So habe ein Kritiker in „Népszabadság“ geschrieben, daß „in der gegebenen Situation Dalnoki wohl der einzige militärische Führer gewesen wäre, der die Macht gehabt hätte, die nahende Tragödie zu verhindern“. Die

Literaturzeitung „Élet és Irodalom“ habe sich sogar soweit verstiegen, Dalnoki mit dem ungarischen Freiheitshelden von 1848, Kosuth, zu vergleichen. Dagegen werde in dem Film die Rolle der kommunistischen Partei nicht gewürdigt. Er bleibe die Erwähnung jener historischer Kräfte schuldig, „die in unserem Land den Faschismus und den Krieg konsequent ablehnten und unter ungeheuren Opfern den Kampf dagegen führten“. Kállai spitzte diese Bemerkung sofort auf die Kommunisten zu: „Es lebt eine ganze Generation von Parteimitgliedern und Parteilosen in Ungarn, die stolz darauf sind, sich an diesem Kampf beteiligt zu haben ... Die illegale, verfolgte kommunistische Partei erfaßte und organisierte diese Kräfte.“ Sie habe sich keine Illusionen über das ehrlose Spiel Horthys gemacht, trotzdem aber alles unternommen, um die ungarische Reaktion zur Einsicht zu bringen. Noch fünf Minuten vor 12 habe sie eine Zusammenarbeit zwischen Horthy, der Armee und der ungarischen [Volks-]Front für möglich gehalten. „Unser Programm wäre geeignet gewesen, den Austritt Ungarns aus dem Krieg zu ermöglichen und sich gegen die Faschisten zu wenden.“ Das zur Verfügung stehende Material hätte den Produzenten des Films die Möglichkeit gegeben, all das und die Rolle der kommunistischen Partei „wenigstens teilweise anzudeuten“. „Bedauerlicherweise haben sie das nicht getan.“ Die Besitzergreifung sei nicht nur eine Frage militärischer Operationen, sondern auch ein gesellschaftlich-politisches Problem gewesen²⁰⁾.

20) Népszabadság, 3. November 1963.

Sowjetisch-chinesische Querelen

Kommunistische Geschichtsschreiber haben es bisweilen schwer. Im Zeichen des Polyzentrismus sind alle Hymnen auf die Sowjetunion vergessen, dafür muß die eigene kleine Partei in einem historischen Augenblick in den Mittelpunkt gerückt werden, wo diese noch gar keine entscheidende Rolle spielte und auch nicht spielen konnte. Eigentlich sollte man annehmen, daß die sowjetischen Historiker scharf die systematischen Versuche zurückwiesen, die sowjetischen Verdienste um den deutschen Zusammenbruch auf Kosten stark aufgeputzter Verdienste gerade sich formierender Parteigrüppchen zu verkleinern. Doch hüllt sich der Kreml — ausgenommen die schwache Reaktion auf die rumänische Kritik — vorerst in Schweigen.

Eine Konferenz von Historikern der Sowjetunion und der deutschen Sowjetzone, die im Juni 1964 in Moskau stattfand, zeigte, daß man auf einem anderen Wege versuchen will, den der Vorrangstellung des Kreml abträglichen historischen Revisionstendenzen entgegenzutreten. Gegenstand der Konferenz war die Ostforschung in der Bundesrepublik. Dabei wurde festgestellt: „Der Zweck der Ostforschung besteht darin, den Einfluß der Befreiungsidee zu beseitigen, die durch die sozialistische Oktoberrevolution entstanden ist, und den Eindruck abzuschwächen, den die Befreiungsmision der Sowjetarmee, die die Zivilisation der Welt vor dem Faschismus rettete, auf die Völker der Welt ausübte.“²¹⁾ Dieser verschachtelten Formulierung ist die Absicht zu entnehmen, mit der Anzweiflung oder Verkleinerung der sowjetischen „Befreiungsmision“ die westdeutsche „Pseudowissenschaft“ zu belasten. So könnte — das ist wohl die Überlegung — am einfachsten und wirksamsten eine Geschichtsumschreibung, die den Auflockerungsprozeß im Ostblock begleitet, in Verruf gebracht werden. Nur werden Parteien, die glauben, daß ihre vitalen Interessen auf dem Spiel stehen, sich dadurch kaum von der ideologischen Untermauerung ihrer Politik abhalten lassen.

Mögen die Sowjets ihre Gegenoffensive auf europäischem Boden nur zögernd und verdeckt

beginnen, gegenüber den Chinesen haben sie scharfe Polemik im Geschichtsstreit für notwendig gehalten. Die Weigerung, die Sowjetunion auch als eine asiatische Macht anzuerkennen, der Hinweis auf die zaristischen Eroberungen und die Notwendigkeit der Revidierung „ungleicher Verträge“, die mit dem früheren China abgeschlossen worden sind, bedeuten, daß Peking geschichtliche Anschauungen vertritt, die eine erhebliche Bedrohung des territorialen sowjetischen Besitzstandes darstellen. Tatsächlich hat Moskau an der Vertiefung der historischen Diskussion über Asien kein Interesse, denn es kann nicht leugnen, das Erbe des zaristischen Imperialismus angetreten zu haben. Den Chinesen erscheint die sowjetische Behauptung, die Eroberungen seien dadurch gerechtfertigt, daß Rußland nach Asien den „Fortschritt“ gebracht habe, nicht stichhaltig — sie empfinden sie als arrogant. Historisch-ideologisch befindet sich die chinesische Partei im Angriff; die Sowjets schlagen nur da zurück, wo sie glauben, daß der Gegner sich Blößen gibt. Der Streit hat sich an der Person des Mongolenherrschers Dshingis-Khan entzündet, dessen Heere im 12. und 13. Jahrhundert ihre blutige Spur durch Asien und Europa gezogen haben. Über diesen Kult sagte im Juli 1963 der Direktor des Moskauer Instituts „Die Völker Asiens“, Gafurow, in einem Interview mit der TASS-Agentur: „Die chinesischen Dogmatiker ... ersetzen praktisch die marxistisch-leninistische Geschichtswissenschaft durch chauvinistische, ja sogar rassistische Konzeptionen.“ Sie idealisierten die Vergangenheit, die feudalen Methoden, die Bürgerkriege, die Eroberungen, die blutigen Einfälle, sie rühmten die Rolle von Dshingis-Khan, obwohl dieser Mann eine historische Tragödie für die Völker des Nahen Ostens, Vorderasiens und Osteuropas gewesen sei. Die Verherrlichung der „großen Eroberer“ und der Dshingis-Khan-Personenkult seien nur ein Beispiel dafür, daß der Dogmatismus zu nationalistischer Beschränktheit führe²²⁾.

Chinesische Dynamik im Zeichen Dshingis-Khans ist für die Sowjets entschieden unbehaglich. Aber warum sollten die Chinesen

21) Radio Moskau, 9. Juni 1964.

22) TASS, 20. Juli 1963.

ihre Vergangenheit nicht ebenso verherrlichen, wie die Russen das seit Stalin getan haben und weiter tun? Auch die kleinen osteuropäischen Völker halten sich im Zeichen des Polyzentrismus an dieses Beispiel. Leise wird dabei auch schon an das klassische marxistische Schema der fünf historischen Entwicklungsstufen der Gesellschaft gerührt. Bezeichnenderweise sind die ersten, die dagegen Einwände erheben, die Sinologen. Der Tscheche Timoteus Pokora hat in den „Literární Noviny“ darauf aufmerksam gemacht, daß diese Periodisierung für große Teile der Welt nicht anwendbar sei, zum Beispiel gelte sie nicht für China. Die Nichtexistenz einer Sklavenshalterordnung sei aber auch für die Germanen, das Kiewer Rußland und Böhmen und Mähren überzeugend nachgewiesen wor-

den. Marx und Engels hätten das Sklavenshaltertum Griechenlands und Roms studiert; diese Erscheinung könnten wir jedoch „nicht als Regel für die Entwicklung der Menschheit ansehen, sondern gerade umgekehrt als Ausnahme, als eine Abweichung“. Pokora kommt zu dem Schluß: „Wenn also unsere Argumente richtig sind, so ändert sich wesentlich das Schema der Geschichtsentwicklung der Welt.“²³⁾ Die Geschichtswissenschaft in den Ostblockländern hat noch nicht gewagt, diese Kritik aufzugreifen und daraus Konsequenzen zu ziehen. Der Bann des Periodisierungsschemas, in das so bequem das Dogma von dem unrettbar zum Untergang verurteilten Kapitalismus eingeordnet werden kann, ist noch nicht gebrochen.

Der Prozeß der Geschichtsrevision ist noch nicht zu Ende

Gehörte es zur Geschichtskonzeption der Stalinzeit, daß das Geschehen in Osteuropa ebenso sehr in den Vordergrund gerückt wie das Geschehen Westeuropas vernachlässigt wurde, so sind auch hier Anfänge zu einer Sinnesänderung zu beobachten. In der Prager Zeitschrift „Nová Mysl“ hat Josef Macek in einem Aufsatz „Drängende Probleme der historischen Wissenschaft“ verlangt, daß der tschechoslowakische Leser mehr mit der mittel- und westeuropäischen Entwicklung bekanntgemacht wird, „da in der Vergangenheit das Schicksal unserer Länder sehr oft mit der Geschichte dieses Raumes eng verknüpft war“²⁴⁾. Eine Isolierung der nationalen Geschichte von der Weltgeschichte sei unmöglich. Das ist ein noch vereinzelter Vorstoß, jedoch wird sicherlich die Tendenz zur Überwindung der geisti-

gen Abkapselung hinter dem Eisernen Vorhang verstärkt werden durch die Lockerung der Einreisevorschriften zugunsten des Fremdenverkehrs, den die devisenhungrigen Ostblockländer seit einigen Jahren nach Kräften fördern.

Der Prozeß der Umschreibung der Geschichte ist noch lange nicht zu Ende. Während in Westeuropa die Bemühungen zu einer universalen Geschichtsbetrachtung unter Klärung und Angleichung der verschiedenen nationalen Standpunkte im Gange sind, befindet sich der Kommunismus in einer Phase der Aufspaltung, wobei er sich von neuem mit einem Nationalismus durchtränkt, den er schon lange überwunden zu haben glaubt.

23) Nr. 43 vom 26. Oktober 1963, zitiert nach Wissenschaftlicher Dienst Ostmitteleuropa, 1964, S. 17 f.

24) Nr. 9, September 1963.